



Nr. 62 – November 2004

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Pazifikstaaten entwickeln zunehmend ein Umweltbewusstsein. Das zeigen die Beispiele aus Vanuatu, Niue und Kiribati. Immer wichtiger wird auch der Fischereisektor mit einer Vielzahl neuer Abkommen in der Region. Positiv stimmen die politischen Entwicklungen in Bougainville und in Tokelau. Hoffentlich bringt das neue Jahr eine Verbesserung der Lage in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen.

Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr wünscht

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Polizei veröffentlicht Mord-Statistik

Im Jahr 2003 sind allein in der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, Port Moresby, 148 Menschen getötet worden. Diese Zahl gab das Statistische Amt der Polizei bekannt. Gary Baki, stellvertretender Beauftragter für polizeiliche Angelegenheiten, sagte, das vergangene Jahr sei das Jahr mit der schlimmsten Gewalt gewesen. Im Jahr 2001 hatte die Polizei

„nur“ 94 Morde in Port Moresby registriert.

Die Polizeistatistik wird seit dem Jahr 2000 geführt. Bis dato hat die Polizei 573 Mordfälle in der Hauptstadt aufgenommen. Von den seit 2000 begangenen Straftaten (vor allem Überfälle, Einbrüche und Autodiebstähle) seien 5.826 noch nicht aufgeklärt und die Täter noch nicht gefasst, bedauerte Baki. Für das laufende Jahr 2004 befürchtet der Polizeisprecher eine noch höhere Zahl von Mordopfern, da in den Monaten Januar bis Juli bereits 85 gewaltvolle Todesfälle verzeichnet wurden. (*The National*, 31.08.04)

Westpapua-Flüchtlinge in East Awini

174 Flüchtlinge aus Westpapua haben einer Umsiedlung in das Flüchtlingslager East Awini (Western Province) nach Verhandlungen mit Sir Peter Barter, dem Minister für innerstaatliche Angelegenheiten, zugestimmt. Insgesamt 460 Flüchtlinge aus den Städten Wamena und Jayapura in der indonesischen Provinz Papua lebten seit Dezember 2000 in der grenznahen Stadt Vanimo in der Sandaun Provinz. Eine Verlegung in das Lager bei East Awini hatten sie aus Angst vor einer erzwungenen Rückkehr nach Westpapua zunächst abgelehnt. Barter versprach den Flüchtlingen jedoch, dass sie nach einem sechsmonatigen Aufenthalt in dem Lager East Awini einen Antrag auf eine „tolerante Aufenthaltserlaubnis“ (permissive residency, PR) bei

der Einwanderungsbehörde von PNG stellen können. Diese PR ermöglicht den Flüchtlingen, sich überall in PNG frei zu bewegen. Sie kann alle drei Jahre um weitere drei Jahre verlängert werden.

Der Transport der Flüchtlinge von Vanimo nach East Awini war vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR organisiert worden. Sie charterten ein Flugzeug, das die 52 Frauen, 45 Männer und 77 Kinder zunächst in die Bergbaustadt Kiunga flog. Nach einem Aufenthalt dort ging es per Boot und Trecker weiter in das isoliert gelegene Flüchtlingslager. Das UNHCR hatte den Flüchtlingen mehr Land, bessere soziale und medizinische Dienstleistungen und nach sechs Monaten Lageraufenthalt das freie Aufenthaltsrecht versprochen.

Nötig geworden war die Umsiedlung aus Vanimo wegen akuten Platzmangels und dem Mangel an Land, der die Subsistenz der Flüchtlinge unmöglich machte. Vertretern des UNHCR war es gelungen, erfolgreiche Verhandlungen mit den traditionellen Landbesitzern in der Umgebung von East Awini zu führen. Diese hatten zugestimmt, den Flüchtlingen aus Vanimo Acker- und Gartenland zur Verfügung zu stellen. Ein UNHCR-Sprecher sagte, dies ermögliche den Menschen den Anbau von Obst und Gemüse und das Halten von Hühnern und Schweinen. Damit seien sie autark. Das UNHCR werde die Flüchtlinge zudem mit Baumaterialien, Saatgut, Solarlampen

und Moskitonetzen ausstatten. Im ersten Jahr erhalten die Flüchtlinge Reis, Dosenfisch, Salz und Petroleum, bis sie sich im Lager eingerichtet haben. Ein von der Katholischen Diözese Daru/Kiunga geleitetes Krankenhaus und Schulen stehen ebenfalls zur Verfügung.

In Vanimo waren die Menschen abhängig von den Nahrungsmittellieferungen und der medizinischen Hilfe durch die Katholische Kirche.

Zur Zeit leben noch 2.500 Flüchtlinge aus Westpapua in East Awin. Das Flüchtlingslager umfasst 6.000 Hektar, die die Regierung von PNG von traditionellen Landbesitzern gepachtet haben. Das Lager wurde 1987 als „Auffanglager“ für Flüchtlinge und Asylsuchende aus der Unruheprovinz Westpapua eingerichtet. (*Radio Australia* 30.09.04, *UN High Commissioner for Refugees* 01.10.04, <http://www.reliefweb.int/>, http://www.westpapuanews.com/articles/publish/article_1274.shtml)

UNDP-Preis für Neuguinearin

Als erste Pazifikinsulanerin hat Bessie Maruia aus Papua-Neuguinea den Preis des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen zur Ausrottung der Armut (United Nations Development Programme's Poverty Eradication Award) zugesprochen bekommen. Maruia arbeitet als Ausbilderin beim Nationalen AIDS-Rat (National AIDS Council of PNG) und beim Beratungsdienst für AIDS-Kranke und ihre Angehörigen in Port Moresby. Dieser Beratungsdienst wird von verschiedenen Organisationen finanziell unterstützt, u.a. von der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID, den Kirchen, dem UNDP und dem Kinderhilfswerk UNICEF.

Die 26-jährige Frau ist eine von fünf Preisträgern des UNDP-

Preises. Sie wird für ihr überdurchschnittliches Engagement im Kampf gegen AIDS und Armut ausgezeichnet. Der Preis wurde Maruia am 22. Oktober in der Hauptgeschäftsstelle der Vereinten Nationen in New York übergeben. In der Laudatio hieß es, Bessie Maruia habe in einer Gesellschaft, in der es tabu sei, über Geschlechtsverkehr, Sexualität und AIDS öffentlich zu sprechen, ein Umfeld geschaffen, in dem AIDS-Kranke frei von Stigmatisierung und Diskriminierung leben können.

Maruia bildete beim Nationalen AIDS-Rat bisher 63 AIDS-Berater aus, sie entwickelte Lernprogramme für Berater, erstellte Informationsmaterialien über HIV/AIDS für die Grasroot-Bevölkerung auf dem Land und arbeitet zur Zeit an einer öffentlich zugänglichen Datenbank mit den Adressen aller AIDS-Berater und Beratungsstellen im Land. Außerdem schreibt sie an einem Leitfaden zur häuslichen Betreuung AIDS-Kranker im fortgeschrittenen Stadium ihrer Krankheit. (*Pacific Beat* 15.10.04, <http://www.undp.org/idep/>, <http://www.undp.org/idep/2004/awards.htm#Papua>)

BERGBAU / FISCHEREI

Neue Thunfischfabrik

Die Regierungen von Papua-Neuguinea und China haben ein Abkommen über den Bau einer neuen Thunfischfabrik in der Stadt Lae (Morobe Provinz) geschlossen. Das Abkommen in Höhe von 3,1 Millionen US Dollar sieht vor, dass die Volksrepublik China am alten Yacht Club von Lae eine Anlage zur Kühllagerung und Weiterverarbeitung von Thunfisch errichtet. Die Vertragsunterzeichnung wurde von dem chinesischen Botschafter in Port Moresby, Zhao Yanbo, und von Valentine Kambori, dem Minister für ländliche Entwicklung und Planung, vorgenommen. Kambori erklär-

te, nach den Bodenschätzen sei Thunfisch die zweitwichtigste Einnahmequelle von Papua-Neuguinea. Bisher sei von dieser Ressource zu wenig Gebrauch gemacht worden. In Zeiten schlechter wirtschaftlicher Lage käme das chinesische Angebot gerade recht. Als „Gegenleistung“ für den Bau der Fabrik hat China mehrere Fischfanglizenzen für die Gewässer von PNG erhalten. (*PC* 10.09.04)

Fischereiabkommen geschlossen

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat mit der Provinzregierung der Provinz East New Britain (Insel Neubritannien) und der taiwanesischen Firma „New Britain Resources Development Ltd.“ (NBRD) ein Fischereiabkommen in Höhe von 42,5 Millionen US Dollar geschlossen. Das Abkommen sieht die Vergabe von 20 Fischfanglizenzen zum Fischen mit Langleinen- und Ringwadenfahrzeugen vor. Nach den ersten fünf Jahren des Abkommens erhält die Provinzregierung von East New Britain zehn Prozent Anteilskapital an der NBRD, weitere 10 % Anteile sollen lokale Gemeinden und die Bevölkerung der Provinz erhalten. Das Abkommen mit der Firma NBRD sieht die Beschäftigung lokaler Fischer auf kleinen Booten vor. Eine Thunfischverarbeitungsfabrik soll im Industriezentrum von Ulaveo entstehen, die bereits bestehende Werft in Kabakaul soll aufgerüstet werden.

Provinzgouverneur Leo Dion erklärte, die taiwanische Firma werde frischen Fisch fangen, lagern, verarbeiten und exportieren. Es werde sich überwiegend um Thunfisch für die Exportmärkte handeln. Dion begrüßte das Abkommen als einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der Fischerei. Das in drei Phasen geplante

Abkommen sichere Nachhaltigkeit und vermeide die Überfischung der Gewässer. New Britain Resources Development erwägt auch den Aufbau einer Aquakultur in küstennahen Gemeinden. (PC 25.10.04, *The National* 22.10.04)

BOUGAINVILLE

Verfassungsentwurf und Wahlen in 2005

Vertreter der Regierung von Papua-Neuguinea und der Provinzregierung der Insel Bougainville haben sich auf einen Verfassungsentwurf für ein autonomes Bougainville geeinigt. Der Entwurf wurde zunächst von Sir Peter Barter, dem neuguineischen Minister für innerstaatliche Beziehungen, und von John Momis, dem Provinzgouverneur von Bougainville, unterzeichnet. Beide erklärten, der Entwurf sei konform mit der Verfassung des Staates Papua-Neuguinea. In einem nächsten Schritt soll der Verfassungsentwurf dem „Bipartisan National Committee on Bougainville“ (Anmerkung J.R.: Das ist auf PNG-Seite das Gremium, in dem Regierung und Opposition gemeinschaftlich ihre Politik gegenüber Bougainville festlegen. Sinn ist, dass nicht allein die Regierung in die Pflicht genommen wird in Sachen Bougainville, sondern alle politisch relevanten Strömungen) und der „Bougainville Constituent Assembly“ (BCA) zwecks Prüfung und Diskussion vorgelegt werden. Die BCA wird die Verfassung dann in der endgültigen Fassung vorlegen. Dies mache den Weg frei für die Wahl einer autonomen Regierung von Bougainville, erklärte Barter. Die Wahlen könnten bereits Anfang 2005 stattfinden. Nominierungen von Kandidaten seien für März terminiert, wählen könnte man dann Mitte April und im Mai sollten die Stimmen ausgezählt werden, so der Plan der Offiziellen.

In einem gemeinsamen Communiqué von PNG-Außenminister Sir Rabbie Namaliu

und Sir Peter Barter von Mitte Oktober heißt es, die Regierung von PNG werde Gelder für den Wahlprozess zur Verfügung stellen. Auch ausländische Hilfsorganisationen aus Neuseeland und Australien würden den Wahlgang finanziell unterstützen. Barter und Namaliu erklärten, man habe den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits konkret über die Wahlen in Bougainville informiert. Bei einem Besuch von Vertretern des Sicherheitsrates im letzten Monat hätten sich die UNO-Beobachter bereits von der erfolgreichen Arbeitsweise der „United Nations Observer Mission in Bougainville“ (UNOMB) überzeugen können, erklärten die Minister. Ein diplomatisches Schreiben an alle Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und an das UN-Sekretariat in New York informiere zudem über die UNOMB und über die geplanten Schritte zur Durchführung einer demokratischen Wahl. (*National* 12.10., 26.10.04, *Email V. Böge* 05.11.04, <http://www.hawaii.publicradio.org/>)

Auszeichnung für Aktivistin

Die Koordinatorin des „Bougainville Freedom Movement“, die Australierin Vikki John, hat den „Elizabeth Hastings Erinnerungspreis“ der University of Technology im australischen Sydney für ihr langjähriges Engagement um den Frieden und die Bewahrung der Menschenrechte auf Bougainville erhalten. Der Preis wurde als Sonderpreis für studentisches Engagement im Rahmen des Menschenrechtspreises der Universität verliehen. John wurde für ihre Friedensbemühungen auf Gemeindeebene geehrt. Bereits seit elf Jahren engagiert sich Vikki John für die Menschen in Bougainville. Sie sammelte Hilfgelder, Kleidung und Medikamente und organisierte Spendenkampagnen, Konferenzen, Treffen anderer Aktivistinnen und Demonstrationen. Im

Rahmen ihrer Lobby-Arbeit für Bougainville trat John auch in Kontakt mit deutschen Nichtregierungsorganisationen wie dem Pazifik-Netzwerk e.V., das sie weiterhin regelmäßig per Email über die Situation in Bougainville informiert.

Der „Elizabeth Hastings Memorial Award for Student Community Contribution“ wird an StudentInnen verliehen, die sich in besonderer Weise für das Wohl einer Gemeinschaft in den Bereichen „(soziale) Gerechtigkeit, Vielfalt und Menschenrechte“ einsetzen. (*The Guardian* 20.10.04, <http://www.uts.edu.au/div/eounit/unit/prize.html>)

Starbucks renoviert Krankenhaus

Die amerikanische Firma „Starbucks Coffee Company“, Betreiber zahlreicher Kaffeehäuser u.a. in USA und in Deutschland, hat die Renovierung der chirurgischen Station des Goroka Base Hospitals in der Provinz Eastern Highlands mit knapp 25.000 US Dollar unterstützt. Zustande kam der Kontakt zwischen Starbucks und dem maroden Krankenhaus über den „Rotary Club“ von Goroka. Die neuguineische Schwesterfirma von Starbucks, „New Guinea Highlands Coffee Export“, hatte sich mit der Bitte um Hilfe an die Rotarier gewandt. Starbucks bezieht große Mengen an Kaffeebohnen aus den Kaffeeplantagen von Goroka. Rotary Club-Präsidentin Florence Jaukave erklärte, die finanzielle Unterstützung der Renovierungsarbeiten sei ein Ausdruck der Dankbarkeit von Starbucks für die gute Qualität des Goroka-Kaffees und spiegele das Bemühen des amerikanischen Konzerns um Transparenz bei den Herkunftsorten seiner Kaffeebohnen wider.

Starbucks betreibt in Deutschland an 35 Standorten Cafés, in denen die Gäste sich aus 2.000

Getränkevariationen auf Kaffeebasis ihren persönlichen Kaffee zusammenstellen können. (*The National* 29.10.04, <http://www.starbucksgermany.com>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Christliche Kurzwellensender in PNG

Während die Sender des öffentlichen Rundfunks aus Kostengründen ihre Kurzwellensendungen kaum aufrechterhalten können, bemühen sich künftig zwei christliche Sender auf Kurzwelle um die Flächendeckung des Landes.

Seit Januar 2002 sendet „Wantok Radio Light“ in Port Moresby auf UKW ein evangelikal orientiertes christliches Radioprogramm in den Sprachen Englisch und Pidgin. Partner des Projekts sind die Papua New Guinea Bible Church, EBM International und Life Radio Ministries in Georgia, sowie HCJB World Radio, die Muttergesellschaft des ältesten noch bestehenden internationalen Missionssenders Radio HCJB Quito. Anfang 2005 soll für die Region ein Kurzwellensender auf 7120 kHz in Betrieb genommen werden.

Schon auf Sendung ist der Kurzwellensender der katholischen Bischofskonferenz. Das „Catholic Radio Network of Papua New Guinea“, das seit 2003 in mehreren Städten auf UKW sendet, hat im Sommer 2004 einen Kurzwellensender für die Flächendeckung bekommen. Seine Frequenz 4960 kHz liegt

ganz in der Nähe des Senders der National Broadcasting Corporation, die auf 4980 kHz das Landesprogramm „Karai“ ausstrahlt. (*Dr. Hansjörg Biener*, www.biener-media.de)

70 Jahre Amron

Die Evangelistenschule Amron, etwa 17 km nördlich von Mandang gelegen, hat vom 10. - 17. November ihr 70-jähriges Bestehen gefeiert. Weit über 1.000 Besucher hatten sich aufgemacht, um den Festgottesdienst mit Bischof Dr. Wesley Kigasing am 14. November mitzufeiern. Ein buntes Programm mit Tänzen, Anspielen, Festreden und einem festlichen Essen war von den Organisatoren zusammengestellt worden und würdigte in einzigartiger Weise die besondere Bedeutung, die diese Schule für die ELC-PNG hat. Gegenwärtig bereiten sich dort 74 junge Männer auf ihren Dienst als Evangelisten in zumeist entlegenen Dörfern Papua-Neuguineas vor. Ausführliche Informationen sind im Internet unter www.etc-amron.de zu finden. (*MWB, eigene Meldung 01.12.04*)

Neunte Nationale Frauenkonferenz

In der letzten Septemberwoche fand die diesjährige neunte nationale Frauenkonferenz in Kimbe auf der Insel Neubritannien (Provinz West New Britain) statt. Über 1.500 Delegierte und Gäste aus allen Distrikten der ELC-PNG hatten sich auf den Weg gemacht. Eröffnet wurde die Konferenz von Pfarrer Beka Kosieng, dem Abteilungsleiter für Evangelisation und Verkündigung. Er betonte in seiner Ansprache, dass die Frauen innerhalb der ELC-PNG, aber auch in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung des Landes, eine entscheidende Rolle spielen und ermutigte sie, ihre Ver-

antwortung auch in Zukunft verstärkt wahrzunehmen. Im Rahmen der Konferenz wurde auch der Startschuss für die Teilnahme an der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ gesetzt. Martha Aisi betonte, dass dieses Programm vielen Frauen in den Gemeinden helfen werde, sowohl häusliche Gewalt, als auch immer wieder auftretende Gewalt im Rahmen von Stammeskämpfen überwinden zu können. (*Wantok Nr. 1580*)

Bischof drängt auf Verbesserung der Sicherheitslage

In einem Brief an alle Gouverneure und Polizeikommandeure der verschiedenen Provinzen hat Bischof Dr. Wesley Kigasing seine ernsthaften Bedenken gegenüber der derzeitigen Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes geäußert und die Verantwortlichen aufgerufen, wieder für Recht und Ordnung im Land zu sorgen. *„Die Bewegungsfreiheit für Familien und einzelne Mitbürger sowie für Besucher, die in unseren Gemeinschaften, in unseren Provinzen und in unserem Land leben, ist bedroht von bestimmten Leuten, die keinen Respekt vor dem Leben und dem Recht der Menschen haben, sich im Land frei und sicher bewegen zu können“*, heißt es in dem Schreiben.

Gewalterfahrungen, Raub, Vergewaltigungen und Straßensperren gehörten zu den täglichen Erfahrungen vieler Menschen. Es sei höchste Zeit, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und wieder ein Klima des gegenseitigen Respekts und der Sicherheit geschaffen würde. (*MWB, eigene Meldung 01.12.04*)

Ohuno Mambu neuer „namba tu bisop“

Nachdem Kiage Matoro im Frühjahr von seinem Amt als Vizebischof der ELC-PNG suspendiert wurde, hat der Church Council nun Rev. Ohuno Mambu zu seinem Nachfolger bestimmt. Der bisherige Präsident des Goroka-Distrikts wird diese Interimsaufgabe zunächst bis zur Synode im Januar 2006 übernehmen. Eine endgültige Wiederbesetzung der Stelle erfolgt dann durch die Wahl der Synode. (MWB, eigene Meldung 01.12.04)

† Imma Zimmermann

Am 29. September verstarb Imma Zimmermann im Alter von 93 Jahren. Sie war die zweite von drei Töchtern des berühmten Missionars Christian Keyßer. Von 1934 bis 1949 hatte sie zusammen mit ihrem Mann, Missionar Martin Zimmermann, insbesondere im Hochland Papua-Neuguineas gewirkt. Ihr Mann war bereits 1976 im Alter von 71 Jahren verstorben. (MWB, eigene Meldung 01.12.04)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

HIV/AIDS

Das Thema HIV/AIDS gewinnt auch in kirchlichen Kreisen in PNG zunehmend an Bedeutung. In enger Zusammenarbeit mit dem „National AIDS Council“ und AusAID stellen sich die Kirchen dieser wachsenden Herausforderung, um durch gezielte Aufklärungskampagnen das Schweigen zu brechen und sachliche Informationen über die Krankheit weiterzugeben. Die australische Entwicklungshilfeorganisation AusAID hat für die nächsten fünf Jahre einen Betrag von insgesamt 50 Mio. Kina für HIV/AIDS-Programme zur Verfügung gestellt. In diese Zusammenarbeit eingebunden sind neben der ELC-PNG auch die katholische und die anglika-

nische Kirche sowie die United Church, die Baptist Union, die Heilsarmee und die Siebentags-Adventisten. (Wantok Nr. 1569, Post Courier 19.11.04, 24.11.04, The National 08.11.04, 22.11.04, 26.11.04)

Göttin verhaftet

Im südlichen Hochland von PNG wurde die Anführerin einer Sekte in Kaupena verhaftet. Die Frau bezeichnete sich selbst als „Göttin“ und prophezeite den Weltuntergang für Ende Juli 2004. Die Anhänger hatten all ihren Besitz verschenkt, einschließlich ihrer Schweine, da sie davon ausgingen, am 29. Juli um 15 Uhr von Jesus direkt in den Himmel entoben zu werden. Polizeikommandeur Simon Nigi rief die Menschen seiner Provinz dazu auf, sich nicht von falschen Propheten und Sekten verführen zu lassen. (Post Courier 05.08.04)

50 Jahre katholische Kirche in SHP

In der Provinz des Südlichen Hochlands (Southern Highlands Province, SHP) feierte die katholische Kirche am 10. September ihr 50-jähriges Bestehen. Steffen Reichert, der Bischof der Diözese Mendi, hielt den Festgottesdienst, der unter dem Thema stand „Verzage nicht, du kleine Herde“. Im südlichen Hochland sei in den vergangenen 50 Jahren aus der „kleinen Herde“ eine große und lebendige Kirche gewachsen, die eine beachtliche Rolle im Leben der Menschen spiele, betonte Reichert in seiner Ansprache. (Wantok Nr. 1572)

Landesweiter Bildungsplan

Die katholische Kirche hat Anfang September ihren neuen landesweiten Plan zum Thema

„Erziehung und Bildung“ für die Jahre 2005 - 2014 vorgestellt. Es soll zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen kommen, um christliche Werte und Verhaltensregeln an die junge Generation weiterzugeben und den vielfältigen Problemen des Landes entgegenzuwirken. (National 13.09.04)

Erzbischof ruft zum Kampf gegen Gesetzlosigkeit auf

Der Erzbischof von Port Moresby, Brian Barnes, rief die Regierung dazu auf, den Kampf gegen Gesetzlosigkeit, Vergewaltigungen, Mord, Diebstahl und Drogenmissbrauch zu verschärfen und das Land nicht weiter in die Anarchie absinken zu lassen. Das Unrecht habe mittlerweile Ausmaße einer Epidemie angenommen und verlange von der Regierung eine entschiedene Vorgehensweise. (Post Courier 24.09.04)

Samson Lowa wiedergewählt

Auf der 19. Synode der United Church wurde der bisherige Bischof Reverend Samson Lowa für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Synode betonte, dass die Kirche neben den geistlichen Belangen der Gläubigen auch gesellschaftliche Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die problematische Gesundheitsversorgung im Land sowie HIV/AIDS im Blick haben müsse. (The National 18.11.04)

Sieben Gefangene getauft

Im Buimo Gefängnis in Lae ließen sich Anfang November sieben Gefangene taufen, teilte die „Revival Centres of PNG“-Kirche in Lae mit. Seit knapp zwei Jahren kümmert sich diese Kir-

che um Gefangene und macht sie mit der christlichen Botschaft bekannt. Die Gemeindeglieder werden ermutigt, die Gefangenen regelmäßig zu besuchen und sie zu einem gottgefälligen Leben anzuhalten, damit sie nach ihrer Entlassung nicht wieder straffällig werden. Insgesamt konnten durch dieses Engagement schon über 100 Gefangene getauft werden. *(The National 04.11.04)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Keine Bischöfinnen

Australien: Die Anglikanische Kirche in Australien lehnt das Bischofsamt für Frauen weiterhin ab. So hat es zumindest die Synode Anfang Oktober offiziell beschieden. Es wird nun erwartet, dass einzelne Diözesen sich über das Verbot hinwegsetzen und trotzdem Frauen in dieses Amt einsetzen werden. Damit vertieft sich die Kluft zwischen der mächtigen konservativen Diözese von Sydney und den meisten anderen Diözesen im Land noch mehr. *(Newsletter fairfax 06.10.04)*

Keine offenen Türen für Homosexuelle

Australien: Auf ihrer diesjährigen Synode hat die Anglikanische Kirche die Segnung homosexueller Paare abgelehnt. Ebenso ist es für Homosexuelle nicht möglich, zum geistlichen Amt ordiniert zu werden. Damit unterstrich die Synode den Standpunkt, dass sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe falsch sind. *(Newsletter fairfax 08.10.04)*

Kirchenführer zum Rücktritt gedrängt

Neuseeland: Anetere'a Misioka, der Vorsitzende der

„Congregational Christian Church of American Samoa“, wurde Mitte November von einem Komitee von Kirchenältesten zum Rücktritt aufgefordert und seiner Ämter enthoben. Einige Kirchenführer haben angedeutet, dass die Beschuldigungen haltlos seien und von einem anderen Pfarrer erhoben würden, den Misioka aufgrund „undurchsichtiger Geschäfte“ zuvor diszipliniert hatte. Bis die Vorwürfe geklärt sind, hat der bisherige stellvertretende Vorsitzende Togiola Tulafono den Vorsitz der Kirche übernommen. *(Pacific Islands Report 23.11.04)*

Mehr Schulen

Salomonen: Die Kirche von Melanesien hat in ihrer langfristigen Planung festgelegt, künftig in allen acht Diözesen mindestens eine „Senior Secondary School“ zu etablieren. Derzeit gibt es nur zwei solcher Schulen im Land, nämlich das Selwyn College in West Guadalcanal und Pamua in der Makira Ulawa Provinz. Bischof David Vunagi unterstrich die Notwendigkeit einer soliden höheren Schulbildung, um jungen Menschen eine Perspektive für ihre Zukunft geben zu können. *(Pacific Islands Report 21.09.04)*

PAZIFIK ALLGEMEIN

Kyoto-Protokoll tritt in Kraft

Russland hat auf einer Sonder-sitzung des Weltsicherheitsrates seine Ratifizierungsurkunde zum Kyoto-Protokoll an Kofi Annan, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, übergeben. Damit kann das Protokoll zum 16. Februar 2005 in Kraft treten. Bundesumweltminister Jürgen

Trittin begrüßte Russlands Ratifizierung als Meilenstein des internationalen Umweltvölkerrechts: „Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls hat die internationale Gemeinschaft gezeigt, dass sie den Herausforderungen des Klimawandels mit multilateralem Handeln entgegentritt“, erklärte Trittin vor Journalisten.

Der Klimawandel gilt als globales Problem und als größte umweltpolitische Herausforderung für die Staatengemeinschaft. Bisher haben 129 Staaten das 1997 im japanischen Kyoto verabschiedete Protokoll ratifiziert. Bedingung für das Inkrafttreten war die Ratifizierung durch 55 Staaten, die zusammen mindestens 55 % der Treibhausmissionen verursachen. Durch den Ausstieg der USA – dem weltweit größten Verursacher von klimaschädlichen Gasen – hing der Erfolg des Protokolls von Russland ab. Die 129 Unterzeichnerstaaten tragen mit 61,6 % zu den Treibhausgasen bei (Stand: 25.11.04).

Deutschland hatte das Protokoll bereits am 31.05.2002 ratifiziert. Die Pazifikstaaten, die durch ihre niedrig gelegenen Atolle (Kiribati, Tuvalu) massiv vom Klimawandel betroffen sind, haben ebenfalls frühzeitig das Protokoll ratifiziert, u.a. bereits die Cook-Inseln, Fiji, Kiribati, Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Tuvalu und Vanuatu.

Das Pacific Islands Forum (PIF), der Zusammenschluss von 16 pazifischen Staaten, hat die Ratifizierung Russlands ausdrücklich begrüßt. http://unfccc.int/essential_background/kyoto_protocol/, *Flash d'Océanie 04.10.04, RegierungOnline 18.11.04*

BRENNPUNKT INDONESIEN

Menschenrechtler vergiftet

Der prominente indonesische Menschenrechtsaktivist Munir ist mit einer tödlichen Dosis Arsen vergiftet worden. Das ergab die Autopsie der Leiche durch das niederländische forensische Institut. Der 38-jährige Munir, der wie viele Indonesier nur einen Namen hat, war am 7. September auf einem Flug von Singapur nach Amsterdam gestorben. Munir war auf dem Weg zu einem Menschenrechtskurs im niederländischen Utrecht. An Bord der Maschine der staatlichen indonesischen Fluggesellschaft „Garuda Indonesia“ hatte sich der an einer Leberkrankheit Leidende mehrfach übergeben müssen. Ein Arzt an Bord konnte dem prominenten Aktivisten zunächst noch helfen, später starb er jedoch an den Folgen der Vergiftung.

Munir war weit über die Grenzen Indonesiens hinaus für seinen Einsatz für die Menschenrechte bekannt. Noch zu Zeiten der Suharto-Diktatur gründete er 1998 die „Kommission für Verschwundene und die Opfer von Gewalt“ (KONTRAS), die den Machtmissbrauch des Militärs dokumentierte. Auch das Menschenrechtsinstitut Imparzial wurde von Munir gegründet. Im Jahr 2000 wurde er für sein Engagement mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat inzwischen eine „urgent ac-

tion“-Briefkampagne gestartet, um die Familie des Vergifteten zu schützen. Munirs Frau Suciwati und Mitarbeiter von Imparzial haben Todesdrohungen erhalten. AI fordert eine rückhaltlose Aufklärung des Mordes an Munir.

Munir wurde in seiner ostjavanesischen Heimatstadt Malang beige-
gesetzt. (taz 13./14.11.04, Press Release AI 22.11.04, urgent action UA 321/04, Watch Indonesia! 07.09.04, Jakarta Post 08.09.04)

Todesstrafe ausgeführt

Nach einem dreijährigen Moratorium hat Indonesien im August und im Oktober erneut die Todesstrafe ausgeführt und drei Menschen exekutiert. Die beiden Thailänder Saelow Prasert (männlich, 62) und Namsong Sirilak (weiblich, 32) sowie der Inder Ayodha Prasad Chabey (62) waren 1994 wegen Drogenbesitzes verurteilt worden. Sie hatten 12 Kilogramm Heroin bei sich. Chabey wurde im August hingerichtet, die beiden Thailänder wurden am 1. Oktober in Medan (Hauptstadt von Nord-Sumatra) von einem Erschießungskommando der mobilen Brigade BRIMOB erschossen.

Amnesty International (AI) rief in einem Kommuniqué die Republik Indonesien auf, die Todesstrafe auszusetzen. Laut der Menschenrechtsorganisation sind weitere 54 Menschen vom Tod durch Erschießen bedroht. AI lehnt die Todesstrafe grundsätzlich ab. (Laksamana.Net 01.10.04, AI Press Release 01.11.04, Jakarta Post 30.09.04)

Erdbeben fordert 24 Opfer

Ein schweres Erdbeben der Größe 6,4 auf der Richterskala hat am 26. November in Nabire (Provinz Papua) 24 Menschen das Leben gekostet. 65 Personen wurden verletzt. 150 Häuser wurden zerstört, weitere 200

Gebäude brannten ab. Seit Februar ist die Region Nabire häufig von Erdbeben getroffen worden, das schwerste erreichte dabei die Größe 6,9 auf der nach oben offenen Richterskala. Es kamen bislang 31 Menschen ums Leben, 217 Personen wurden verletzt und knapp 2.000 Häuser, Straßen und Brücken wurden beschädigt. Die indonesische Regierung hat Nabire zum Erdbebengebiet erklärt. (Flash d'Océanie 29.11.04, Information Bulletin Rotes Kreuz 26.11.04)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Frauen leiden unter Gewalt

Salomonen: Ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) zur Situation der Frauen auf den Salomon-Inseln kommt zu erschreckenden Ergebnissen: Allein für die erste Hälfte dieses Jahres wurden 200 Fälle von Vergewaltigungen bekannt. Hunderte von Überfällen, sexuellem Missbrauch, Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen ereigneten sich außerdem während der fünfjährigen ethnischen Krise zwischen den Milizen der Inseln Guadalcanal und Malaita. Aus Angst vor weiteren Repressalien wurden nur wenige Fälle bei der Polizei bzw. in der Öffentlichkeit bekannt, sie bleiben damit ohne Konsequenzen für die Täter.

Einige der schwer traumatisierten Frauen äußerten sich nun erstmals in Interviews mit AI zu Gewalterfahrungen. Von 55 an der Weathercoast lebenden

Frauen wurden 19 von Polizisten, Militärs, bewaffneten Mitgliedern marodierender Gangs oder Privatpersonen vergewaltigt. Dabei war das jüngste Opfer erst elf Jahre alt. Die interviewten Frauen schilderten grausame Details. Viele Frauen wurden von männlichen Angehörigen angehalten, die Überfälle nicht der Polizei zu melden. Doch auch der Polizei bekannte Vergewaltigungen bleiben ungesühnt.

Amnesty fordert die Regierung der Salomonen u.a. auf, einen Regierungsplan zum Umgang mit Gewalt gegen Frauen zu implementieren. Die lokale Polizei müsse mit internationaler Hilfe im Umgang mit Gewaltopfern geschult werden, zudem müsse sich die Polizei an international gültige Regeln der Tatbestandsaufnahme halten. So waren Frauen, die ihre Vergewaltigung zu Protokoll geben wollten, auf der Polizeiwache mit den Worten abgewiesen worden, man habe jetzt keine Zeit/keine Mitarbeiter für „so etwas“. Es sei wichtig, so Amnesty, ein Team mit Mitgliedern aus Polizei und Gesundheitswesen zu bilden, um Gewaltopfern jede mögliche Hilfe bei der Bewältigung des Traumas zu geben. Man müsse auch darauf achten, Frauen in Projekte und Initiativen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf den Inseln gleichberechtigt miteinzubeziehen.

Der AI-Bericht **„Solomon Islands: Women confronting violence“** wurde vom Pazifikreferenten des Londoner Al-Büros, Dr. Heinz Schürmann-Zeggel, erstellt. Im Rahmen einer Tagung des Pazifik-Netzwerkes e.V. Ende November in Hamburg mit dem Titel „Die neue australische Außenpolitik im pazifischen Raum“ berichtete Pazifik-Netzwerk-Mitglied Schürmann-Zeggel über die Ergebnisse der Studie unter Frauen auf Guadalcanal.

Der 59-seitige englischsprachige Bericht ist Bestandteil der AI-Kampagne **„It's in our hands. Stop violence against women“**. Er kann bei AI angefordert werden oder auf der Homepage www.amnesty.org heruntergeladen werden. (AI Press Release 07.11.04, SIBC 09.11.04, AI-Bericht zu den Solomon Islands, 11/04)

Thunfischabkommen mit Japan

Salomonen: Die Regierung der Salomonen hat mit der Thunfisch-Vereinigung von Japan ein Fischereiabkommen geschlossen. Auf Seiten der Salomonen unterzeichnete Fischereiminister Paul Maenu'u, für die japanische Thunfisch-Vereinigung unterschrieb ein Vertreter der japanischen Regierung. Das Abkommen verspricht den Salomonen größere Staatseinkünfte als die bisherigen bilateralen Abkommen der Salomonen mit Korea, Taiwan, den Föderierten Staaten von Mikronesien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Einkünfte durch die Vergabe von Fischereilizenzen an Japan seien wichtig für die Entwicklung des Landes, erklärte Minister Maenu'u. Der Fischereisektor müsse wiederbelebt werden, hier stecke Potential für eine nachhaltige Entwicklung und Bewirtschaftung von Ressourcen.

Bereits Anfang September hatte die Umweltschutzorganisation Greenpeace in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, einen Bericht über die Gefahren des Überfischens und der illegalen Fischerei (engl. pirate fishing) der pazifischen Thunfischbestände vorgelegt. Greenpeaces Bericht basiert auf einer Erkundungstour des Schiffes „Rainbow Warrior II“ durch die reichen Fischgründe der Region. Der „Oceans Campaigner“ Quentin Hanich sagte, Thunfisch sei die wichtigste Ressource für die Pazifikinsula-

ner. Ein Kollaps des Fischereisektors würde einen Dominoeffekt heraufbeschwören und für den Zusammenbruch der einheimischen Wirtschaft mitverantwortlich sein.

Greenpeace hatte im Juli und August dieses Jahres die Tour „Our Oceans, our Future, our Choice“ durch die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Marshall-Inseln, Kiribati und Fiji unternommen und dabei sowohl illegalen Fischfang beobachten können, als auch mit einheimischen kleinen Fischereibetrieben über die kritische Situation der Thunfischbestände im Pazifik sprechen können.

Jährlich werden dem Pazifik zwei Millionen Tonnen Thunfisch entnommen, das entspricht der Hälfte des weltweiten Thunfischfangs. Von der Überfischung bedroht sind die Thunfischarten „Bigeye“ und „Yellowfin“. Letzterer wird vor allem auf dem südostasiatischen Markt zu dem Lebensmittel „Sashimi“ (ähnlich wie Sushi) weiterverarbeitet und ist sehr begehrt. (SIBC 11.10.04, Pressemitteilung Greenpeace 01.09.04, SCTB 27.08.04)

Belebung der Ölpalmindustrie

Salomonen: Traditionelle Landeigner der Insel Guadalcanal, Vertreter der „New Britain Oil Palm Company“ aus der Provinz Neubritannien (Papua-Neuguinea) sowie der Premierminister der Salomonen und der Ministerpräsident von Guadalcanal haben Ende Oktober ein Joint Venture-Abkommen in Höhe von 36,7 Millionen US Dollar zur Wiederbelebung der Ölpalmindustrie in der Hauptstadt Honiara unterzeichnet. Die seit Ausbruch der Krise zwischen den Bewohnern der Inseln Malaita und Guadalcanal brachliegende Fläche der ehemaligen „Solomon Islands Plantations Ltd.“ soll wieder urbar gemacht werden. Der neue

Joint Venture will Ölpalmen auf 15.000 Hektar Fläche anbauen, geplant ist die Nutzung der Plantage für die nächsten 15 Jahre.

Die sechs bis neun Meter hohe Fiederpalme (lat. *Elaeis guineensis*) ist im Pazifik nicht heimisch, sie kann jedoch mit einfachen Mitteln in Plantagen angebaut werden. Die Früchte der Palme enthalten im Fruchtfleisch und in den Samen Öl, das zur Herstellung von Seifen und Kerzen verwendet wird. (SIBC online 29.10.04, www.wissen.de)

Erste Biogasanlage auf Efate

Vanuatu: Das Dorf Epau im östlichen Teil der Insel Efate (Provinz Shefa, Vanuatu) hat als erstes Dorf der melanesischen Republik eine Biogasanlage zur Stromgenerierung installiert. Federführend bei der Errichtung der umweltfreundlichen Anlage waren drei Experten aus China, die über mehrjährige Erfahrung im Bau von Biogasanlagen in afrikanischen Ländern verfügen. Sie wurden durch Vertreter lokaler Umweltschutzorganisationen, das Umweltministerium und durch die Dorfbewohner unterstützt. Die erste Phase des Projekts – das Sammeln organischer Abfälle/Kompost in einem speziellen Behälter am Rande des Dorfes – ist erfolgreich angelaufen.

Durch mikrobielle Zersetzung von organischen Substanzen (Kot von Mensch und Tier, Nahrungsmittelreste, Pflanzen etc.) unter Luftabschluss entsteht das sogenannte „Faulgas“. Dieses Biogas besteht aus ca. 60 % Methan, 35 % Kohlendioxid sowie Stickstoff, Wasserstoff und Schwefelwasserstoff. Es hat mit ca. 25 MJ/m³ einen hohen Heizwert und bildet sich z.B. bei der Abwasser- und Abfallbehandlung (Klärgas, De-

poniegas). In technischen Verfahren kann es zur Energiegewinnung herangezogen werden (Biogasverwertung). Die Bewohner des Dorfes Epau wollen mit ihrem Biogas vor allem kochen und Licht erzeugen.

Energieminister Charlot Salwai sagte am Rande eines Workshops zur neuen Biogas-Technologie, Epau habe „Modellcharakter“. Durch die steigenden Lebenshaltungskosten auf Efate seien auch die Kosten für Benzol, Kerosin und Gas sprunghaft angestiegen. Die Menschen heizten wieder vermehrt mit Holz, da alles andere zu teuer sei. Dies wiederum gefährde die Wälder. Biogas sei besonders ressourcenschonend und umweltfreundlich, da dafür keine Wälder gerodet werden müssten. Außerdem sei die Anlage, einmal in Betrieb, preisgünstiger als andere Ressourcen sowie unerschöpflich. (Vanuatu Daily 29.09.04)

Streit um Anerkennung Taiwans

Vanuatu: Im Rahmen eines offiziellen Besuchs von Serge Vohor, dem Premierminister von Vanuatu, Anfang November in der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh, hat Premier Vohor Taiwan offiziell als unabhängigen Staat anerkannt. Vohor unterschrieb ein Abkommen mit dem taiwanesischen Außenminister Chen Tan Sun, in dem dieser der Republik Vanuatu 25 Millionen US Dollar (andere Quellen: 42 Mio. US \$) Entwicklungshilfe im Gegenzug zur Anerkennung des Staates Taiwan verspricht. Noch im September des Jahres hatte eine Delegation aus Vanuatu unter Leitung von Vohor bei einem Besuch der Volksrepublik China die Unteilbarkeit und Einheit Chinas anerkannt und sich solidarisch mit Chinas politischer Meinung über die „abtrünnige

Provinz Taiwan“ erklärt. Erst Ende Oktober war Vanuatu von China mit dem Gütesiegel „anerkanntes touristisches Ziel“ ausgezeichnet worden, in dessen Folge stets mit einem Zustrom chinesischer Touristen in die ausgezeichneten Länder zu rechnen ist.

Vohors Vorgehensweise wurde vom Ministerrat in Port Vila stark kritisiert. Er legte sein Veto ein aus Angst, China könne die Entwicklungshilfezahlungen an Vanuatu aus Ärger über die Anerkennung Taiwans einstellen. Seit 1982 unterhält Vanuatu diplomatische Beziehungen zu China und hat die „Ein-China-Politik“ des Landes bisher immer akzeptiert. Nach etlichem politischen Hick-Hack entzog der Rat der Minister seine Zustimmung zu Vohors eigenwilliger Vorgehensweise und aberkannte Taiwan erneut zugunsten der Ein-China-Politik. Zur Zeit ist unklar, ob Vanuatu nun Taiwan anerkennt oder nicht, eventuell kommt es in dieser Angelegenheit zu einem Misstrauensvotum gegenüber Serge Vohor.

Vanuatu würde sich mit der Anerkennung Taiwans in die Liste der Pazifikstaaten einreihen, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen haben: Kiribati, Marshall-Inseln, Salomonen und Tuvalu. Weltweit 27 Staaten erkennen Taiwan als eigenen Staat an.

Info: „Ilha Formosa“, die schöne Insel, so taufen die portugiesischen Entdecker 1590 die Insel vor der chinesischen Festlandküste, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs den amtlichen chinesischen Namen „Taiwan“ trägt. Nur eine 150 km breite Meeresstraße trennt die über 22 Millionen Inselbewohner von ihren Landsleuten auf dem chinesischen Festland. Dort herrschen Präsidium und Partei der Volksrepublik China, während in Taipeh, der Hauptstadt der nationalchinesischen Inselrepublik, bis heute der An-

spruch aufrechterhalten wird, das „wahre China“ zu repräsentieren. Die Regierung der Volksrepublik China betrachtet ihrerseits Taiwan als abtrünnige Provinz und Teil ihres Staatsgebiets. Jahrzehntlang gab es keinerlei Kontakte zwischen den beiden Staaten. Diese Politik strikter Nichtanerkennung wurde seit den 1980er Jahren von beiden Seiten schrittweise gelockert. Es entwickelten sich vielfältige inoffizielle Kontakte, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Volksrepublik China bot Taiwan die Wiedervereinigung nach dem Muster Hongkongs an. In Taiwan fand jedoch die Tendenz, die "Ein-China"-Politik aufzugeben und eine unabhängige "Republik Taiwan" zu proklamieren, mehr Anhänger.

Taiwan ist ein hochkapitalistischer Industriestaat, dessen Bevölkerung zu 37 % in der Industrie und zu 55 % im Dienstleistungsgewerbe tätig ist. (AFP 02.11.04, Flash d'Océanie 03.11.04, Port Vila Presse 11.11., 15.11., 16.11.04, Vanuatu Daily Post 25.11.04)

MIKRONESIEN

Likiep verklagt USA auf Kompensation

Marshall-Inseln: Das Atoll Likiep (Marshall-Inseln) hat eine Sammelklage beim „Nuclear Claims Tribunal“ in der Hauptstadt Majuro gegen die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) eingereicht. Die wenigen verbleibenden Menschen des Atolls werden von den US-amerikanischen Rechtsanwälten Craig Miller und James Walsh vertreten, deren siebzehnteilige Anklageschrift sich vor allem auf die Verstrahlung des Atolls durch den radioaktiven Fall-out der „Bravo-Bombe“ bezieht. Diese Atombombe hatten die Amerikaner 1954 auf dem Atoll Bikini gezündet, der Fall-out der Hydrogenbombe verbreitete sich über mehrere

Atolle in den Marshall-Inseln. Die Anklageschrift bemängelt die Informationslage. So hätten die US-Behörden die Bewohner von Likiep weder über die bevorstehenden Atomtests noch über die möglichen gesundheitlichen Folgen aufgeklärt. Auch seien die Bewohner von Likiep nicht - wie etwa nach der „Bravo-Bombe“ die Bewohner des Atolls Utrik - evakuiert worden. Die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung hatte dazu geführt, dass die Bewohner auch nach dem radioaktiven Fall-out durch Unwissenheit weiter Gemüse aus ihren Gärten aßen, Trinkwasser aus der Süßwasserlinse nutzten und Fische fingen. Der Verzehr derart verstrahlter Nahrung führte zu schweren gesundheitlichen Schäden.

Die Kläger verlangen nun vom „Nuclear Claims Tribunal“ Entschädigungszahlungen. Sie begründen ihre Klage damit, dass Likiep vor der Ära der amerikanischen Atomtests von 1946 bis 1958 ein prosperierendes Atoll gewesen sei und dass die Folgen der Atombombentestserie den hohen Lebensstandard zunichte gemacht haben. Bei ihren Recherchen dazu stießen die amerikanischen Rechtsanwälte auf einen Bericht der US-Navy aus dem Jahr 1948, in dem es heißt: *„The economic status of the people of Likiep is considered excellent. When compared to other islands, it is outstanding. Likiep Island might well be used as a standard that other islands might attain.“*

Die Anwälte konnten auch nachweisen, dass die Bevölkerung von Likiep nach den Tests stark zurückgegangen war: Von 630 Bewohnern in 1956 waren im Jahr 1967 noch 430 Menschen übrig geblieben. Einige der Bewohner waren gestorben, andere hatten medizinische Hilfe im Ausland gesucht.

Finanzielle Entschädigungen können die Bewohner von Likiep aller Voraussicht nach

nicht erwarten. Das 1988 von den Amerikanern eingerichtete „Nuclear Claims Tribunal“ ist nahezu pleite und verfügt nur noch über knapp sechs Millionen US Dollar. Das Tribunal war mit amerikanischen Geldern in Höhe von 150 Millionen US Dollar eingerichtet worden, um die von Atomtests betroffenen Menschen finanziell zu entschädigen. Von 1988 bis zum Jahr 2001 sollte das Tribunal eigentlich jährlich Zinserträge in Höhe von 18 Millionen US Dollar erwirtschaften, so dass im Jahr 2001 270 Millionen US Dollar zur Verfügung gestanden hätten. Diese Summe wurde nie erreicht, da das Tribunal beständig Geld für erfolgreiche Kläger ausschütten musste. Zudem mussten über die 15 Jahre hinweg Gesundheitsprogramme und radiologische Studien für die Bewohner der Atolle Bikini, Enewetak, Rongelap und Utrik aus dem Topf des Tribunals bezahlt werden. Allein eine Milliarde US Dollar hatte das Tribunal den Bewohnern der Atolle Bikini und Enewetak für den Verlust ihrer Heimat und die Zerstörung ihrer Umwelt zugesprochen. Das Geld konnte bislang nicht ausgezahlt werden.

Individuelle Klagen von 1.700 durch die Folgen der Atomtests erkrankten Menschen belaufen sich auf 14 Millionen US Dollar. 36 Krankheitsbilder wurden als direkte Folge von radioaktiver Verstrahlung vom Tribunal identifiziert. Jedem Krankheitsbild ist eine bestimmte Entschädigungszahlung zugeordnet. So erhält ein an Leukämie (Blutkrebs) erkrankter Mensch 125.000 US Dollar Entschädigung, für gutartige Tumore erhält man 12.500 Dollar.

Bis dato hat das Tribunal nicht über die Höhe der Entschädigungszahlungen für die drei anderen Sammelklagen der Atolle Rongelap, Utrik und Ailuk entschieden.

Info: Das Likiep Atoll besteht aus 65 Inselchen. 418 Menschen leben auf dem Atoll, 112 Meilen nordöstlich von Kwajalein gelegen. (*Marianas Variety* 14.10.04, 18.10.04, <http://www.nuclearclaimstribunal.com/>, http://www.angelfire.com/hi2/kwa/0isl_lik.html)

Andersen Air Force Base wird aufgerüstet

Guam: In den nächsten fünf bis zehn Jahren wollen die USA zwischen einer und zwei Milliarden US Dollar in die Infrastruktur des Militärstützpunktes „Andersen Air Force Base“ der amerikanischen Luftwaffe auf der Insel Guam investieren. Das gab der Vizekommandant des auf dem Stützpunkt beheimateten „36th Air Expeditionary Wing“ bekannt. Ein Pressesprecher der amerikanischen Luftwaffe erklärte, die geplanten Investitionen seien ein Zeichen für die Bedeutung des Luftwaffenstandortes auf Guam. Es handele sich um die wichtigste Militärbasis der Amerikaner im Pazifik. Der Kommandant der Andersen Air Force Base, Generalmajor Dennis Larson, erläuterte die wichtige strategische Bedeutung als „*ein Stück Amerika in den Weiten des Pazifiks*“.

Felix Camacho, der Gouverneur von Guam, begrüßte den Ausbau der Militärbasis. Die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze hätte Guam ebenso nötig wie den vermehrten Geldfluss durch zugereiste amerikanische Soldaten. Auf das Bevölkerungswachstum müsse man sich einstellen und mehr Schulen und Wohnungen bauen sowie das veraltete Kanalisationsystem erneuern. In der Vergangenheit gab es auf Guam immer wieder Probleme mit der sauberen Trinkwasserversorgung.

Info: Die spanische Kolonie Guam wurde 1898 an die USA übergeben. 1941 okkupierten die Japaner die Insel, die seit

1944 wieder unter amerikanischer Vorherrschaft ist. Guam steht als eines der wenigen Länder des Pazifiks immer noch auf der Liste des Dekolonisierungskomitees der Vereinten Nationen (sogen. Komitee 24). (*Guam Pacific Daily News* 22.09.04, *PIR* 23.09.04, *CIA World Factbook*)

POLYNESIEN

Oscar Temaru durch Misstrauensvotum gestürzt

Französisch-Polynesien: Die Regierung des im Juni mit einer Mehrheit von nur einer Stimme in der Versammlung Französisch-Polynesiens gewählten Präsidenten Französisch-Polynesiens Oscar Temaru wurde am 9. Oktober durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Seitdem gibt es keine eindeutig legitime Regierung mehr und Tahiti steckt in einer schweren politischen Krise.

Die Krise begann Mitte September, als eine Gruppe von vier Abgeordneten von Temarus UPLD (Union für die Demokratie), Hiro Tefaarere, Ronald Terrorotua, Noa Tetuanui und Jean-Alain Frébault, aufgrund interner Streitigkeiten ankündigten, aus der Regierungsfraktion auszutreten. Sie kritisierten unter anderem die ihrer Meinung nach mangelhafte Sozialpolitik der Regierung und das vom Präsidenten der Versammlung im Plenarsaal angebrachte Kreuz als Angriff auf die säkulare Staatsordnung. Nach dieser Drohung versuchte Oscar Temaru durch Zugeständnisse, die vier von ihrem Manöver abzubringen. Unter anderem kletterte er medienwirksam im Plenarsaal auf eine Leiter und nahm das Kreuz eigenhändig ab. Schließlich gelang es ihm, sich mit Tefaarere und Terrorotua zu versöhnen und beide kehrten in die Regierungsfraktion zurück. Tetuanui und Frébault (der erst im Juni aus der Tahoeraa-Partei des Ex-Präsidenten Gaston Flosses zur

UPLD übergelaufen war) ließen sich jedoch nicht besänftigen und traten am 24. September aus Temarus Fraktion aus. Zusammen mit dem unabhängigen Abgeordneten Temauri Foster (der im Juni aus Flosses Tahoeraa ausgetreten war und sich Temaru angenähert hatte) lehnten sie sich immer mehr an Gaston Flosses Tahoeraa an. Letzterer erklärte zwar am 4. Oktober, ein Misstrauensantrag stünde nicht auf der Tagesordnung, doch weniger als 24 Stunden später brachte Flosse gemeinsam mit einer neu gegründeten „Te Ara“ genannten Marionettenfraktion aus den drei Überläufern und drei Tahoeraa-Abgeordneten genau einen solchen ein. Die zur Debatte über diesen Antrag einberufene Sondersitzung der Versammlung am 8. Oktober zog sich über zwei volle Tage hin, da Präsident Temaru, seine Minister und seine Abgeordneten in stundenlangen Reden versuchten, Noa Tetuanui von seinem „Verrat“ (er war ja immerhin auf der Liste der UPLD gewählt worden) abzubringen, doch alle Versuche nützten nichts und in der Nacht des 9. Oktober wurde das Misstrauensvotum schließlich mit einer Mehrheit von einer Stimme (29:28) angenommen. Zuvor war in einem dramatischen Zwischenfall ein verwirrter Mann in den Plenarsaal eingedrungen und hatte versucht, Noa Tetuanui mit einem Messer zu attackieren, konnte aber von Flosses Leibwächtern überwältigt werden.

Die Regierung von Oscar Temaru war damit abgesetzt. Von nun an wurde die Situation zusehends unklar. Dem Statut Französisch-Polynesiens zufolge übt Temarus Regierung ihr Amt zunächst kommissarisch weiter aus, bis zur Wahl eines neuen Präsidenten durch die Versammlung. Die beiden Parteien konnten sich jedoch nicht auf einen Termin für diese Wahl einigen. Versammlungspräsi-

dent Antony Géros (UPLD) setzte den 25. Oktober für die Sitzung zur Präsidentenwahl fest, während Flosses Fraktion den 19. Oktober anvisierte.

Während beide Seiten einen juristischen Streit über den Wahltermin ausfochten, begannen Oscar Temaru und seine Anhänger, Widerstand gegen Flosses erneute Machtübernahme zu organisieren. Bereits vor dem Misstrauensvotum hatte Temaru die französische Regierung um die Auflösung der Versammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen gebeten, um klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, ein Anliegen, dem sich große Teile der Bevölkerung Französisch-Polynesiens sowie die oppositionellen Parteien in Frankreich (Sozialisten und UDF) angeschlossen. Die in Frankreich regierende UMP von Präsident Chirac und Premierminister Raffarin lehnte jedoch dieses Anliegen ab. Brigitte Girardin (UMP), Ministerin für überseeische Territorien, meinte, es gäbe keinen Grund zur Auflösung der Versammlung, solange keine institutionelle Blockade im Land besteht.

Am 16. Oktober erlebte Tahiti die größte Demonstration seiner Geschichte, als mehr als 22.000 Leute (Offizielle Schätzung der frz. Polizei) durch Faaa und Papeete zogen, um für die Auflösung der Versammlung und Neuwahlen zu demonstrieren. Unterstützt wurden sie von Abgeordneten der französischen Sozialisten, unter anderen Christian Paul, der unter dem sozialistischen Premierminister Jospin (1997-2002) Überseeminister gewesen war. Gleichzeitig wurde damit begonnen, Unterschriften für eine Petition mit dem gleichen Ziel zu sammeln. Bis heute haben bereits knapp 43.000 Menschen die Petition unterzeichnet. Beide Zahlen sind gewaltig, wenn man bedenkt, dass die Gesamtbevölkerung von Französisch-Polynesien nur knapp 250.000

beträgt. Flosse und seine Mitarbeiter scheinen dagegen die Unterstützung der Bevölkerung immer mehr zu verlieren, denn bislang gab es keine einzige Gegendemonstration zur Unterstützung von Flosse.

Am 19. Oktober eröffnete dann Lana Tetuanui, dritte Versammlungsvizepräsidentin aus Flosses Tahoeraa, die Wahlsitzung der Versammlung. Da Temarus Regierungsfraktion nicht anwesend war und damit das Quorum nicht erfüllt war, musste die Sitzung vertagt werden. Am 22. Oktober schließlich trat die Tahoeraa-Fraktion erneut unter Lana Tetuanuis Führung im Plenarsaal zusammen und wählte Gaston Flosse einstimmig zum neuen Präsidenten, während eine von Flosse neugegründete Privatmiliz das Gebäude der Versammlung besetzt hielt und alle anwesenden Nicht-Flosse-Anhänger einschüchterte, inklusive den Versammlungs-

präsidenten Géros. Letzterer focht die Rechtmäßigkeit der von Lana Tetuanui geführten Sitzungen an, da er weder abwesend noch verhindert war und es somit keinen Grund für die Vizepräsidentin gab, sein Amt zu übernehmen. Der französische Hochkommissar hatte allerdings Lana Tetuanui schriftlich beauftragt, die Versammlung einzuberufen, womit er auf unverantwortliche Weise in den lokalen politischen Prozess eingegriffen hatte. Am 25. Oktober schließlich, für den Géros die Wahlsitzung einberufen hatte (wofür 17 Leute ihre Kandidatur angemeldet hatten, unter anderem auch Gaston Flosse, der damit implizit die Illegalität seiner Wahl am 22. Oktober anerkannte), war Géros seinerseits abwesend, da Oscar Temaru für diesen Morgen seine gesamte Fraktion in den Präsidentenpalast zu einer Strategiediskussion einberufen hatte. Da Géros diesmal tatsächlich abwesend war, beauftragte er Lana Tetuanui, die Sitzung zu führen. Diese leistete

allerdings der Anordnung nicht Folge und Flosses Fraktion erschien ebenfalls nicht zur Sitzung. René Hofer, ein aus dem Elsass stammender Taxifahrer, der sich für die Wiederherstellung der Monarchie in Tahiti einsetzt, wartete den ganzen Tag im Plenarsaal und erklärte sich am Abend selbst zum Präsidenten, mit dem Argument, er sei als einziger zur anberaumten Sitzung präsent gewesen. Er tritt seitdem als Präsident von Französisch-Polynesien auf, ohne bislang wegen Amtsanmaßung belangt worden zu sein, womit es jetzt drei „halb-legale“ Präsidenten von Französisch-Polynesien gibt. Temaru und seine Anhänger entscheiden unterdessen, nach dem Vorbild von Gandhi mehrere Tage lang im Präsidentenpalast ein „spirituelles Fasten“ durchzuführen, um ihre Forderung nach Neuwahlen zu unterstreichen.

In den folgenden Tagen verstärkten sich die Spannungen zusehends. Am 26. Oktober stellte Flosse sein neues Kabinett aus 17 Ministern vor (Temaru hatte die Zahl der Minister auf neun reduziert, was der Größe des Landes angemessen war), während Temaru erklärte, er sei weiterhin der einzige legitime Präsident, da die Wahl von Flosse unter illegalen Umständen stattgefunden habe. Während Temaru, seine Regierung und eine wachsende Zahl von Anhängern im Präsidentenpalast zum spirituellen Fasten ausharrten, begannen andere Gruppen von UPLD-Anhängern unter Führung der als radikal bekannten Landrechtsaktivisten Joinville Pomare und Clément Pito (ehemals führende Mitglieder der radikalen monarchistischen Pomare-Partei) öffentliche Gebäude in Papeete zu besetzen, so unter anderem das Amt für Landangelegenheiten, die Amtdruckerei und die Elektronikzentrale der Regierung. Gleichzeitig traten die Angestellten mancher Regierungs-

ämter in den Streik und besetzten ihrerseits ihre Dienstgebäude, da sie nicht mehr wussten, welcher von beiden Regierungen sie Folge zu leisten hätten. All diese Besetzungen, die zunehmend das wirtschaftliche Leben in Französisch-Polynesien lahm legen, haben zum Ziel, Paris zur Auflösung der Versammlung zu bewegen. Brigitte Girardin weigerte sich jedoch weiterhin die Versammlung aufzulösen, mit dem absurden Argument, es bestünde immer noch „keine institutionelle Blockade“ in Tahiti, obwohl ja genau das Gegenteil offensichtlich ist.

Während sich die Situation in Papeete zuspitzte, schickten beide Parteien Delegationen nach Paris, um für ihre Positionen zu werben. Die Pariser Opposition unterstützt immer stärker die Forderung nach Neuwahlen, ebenso die französische Öffentlichkeit und die Pariser Medien, die zum ersten Mal die politische Entwicklung in Tahiti ausführlich und kenntnisreich verfolgen. Selbst innerhalb der UMP beginnt der Block der kompromisslosen Flosse-Unterstützer langsam zu bröckeln, denn auch zwei UMP-Abgeordnete haben sich mittlerweile für die Auflösung der Versammlung ausgesprochen, eine davon ist eine der beiden Abgeordneten Französisch-Polynesiens in Paris, Béatrice Coppenrath-Vernaudon (Tahoeraa/UMP).

Am 15. November erklärte dann der französische Staatsrat die Wahlen vom 23. Mai im Wahlkreis Inseln des Windes (Tahiti und Moorea) für ungültig. Er folgte damit einem damals von Flosse gestellten Antrag, der unter anderem bemängelt, dass die Wahllokale in der von UPLD-Mitglied Emile Vernaudon geführten Gemeinde Mahina in den Farben der UPLD dekoriert waren und damit die Wähler zugunsten der UPLD beeinflusst wurden, wodurch

der knappe Wahlsieg der UPLD erst möglich geworden wäre. Diese Argumentation ist insofern absurd, als dass die beschriebenen Vorfälle ein allgemein übliches Phänomen in Französisch-Polynesien sind und beispielsweise in der von Flosses Schwiegersohn regierten Gemeinde Pirae das Wahllokal in orange (Farbe von Flosses Tahoera) geschmückt war (Augenzeugnis des Autors). Der Staatsrat folgte allerdings dieser selektiven Sichtweise und zeigte damit einmal mehr, dass der französische Staat seine angebrachte Neutralität in der Politik Französisch-Polynesiens nicht wahrte und statt dessen einseitig Chiracs Freund Flosse unterstützte.

Temaru und seine Anhänger machten unmissverständlich klar, dass sie nur Neuwahlen in allen Wahlkreisen (auch in denen, wo Flosse im Mai gewonnen hatte) akzeptieren, und dass außerdem bis zu den Neuwahlen das Land nicht von Flosse, sondern von einer neutralen Institution regiert werden müsse, so dass Flosse nicht wie üblich öffentliche Gelder und Infrastruktur für seinen Wahlkampf verwenden kann. Mittlerweile scheint die französische Regierung aber langsam nachzugeben, denn Brigitte Girardin erwog kurz nach dem Urteil des Staatsrates zum ersten Mal, Neuwahlen auch in den anderen Wahlkreisen durchzuführen und hat deswegen alle Parteien zu Gesprächen nach Paris eingeladen. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quellen: *Tahitipresse*, *Tahiti Pacifique*)

Tulafono als Gouverneur wiedergewählt

Amerikanisch-Samoa: Togiola Tulafono, der im April 2003 die Nachfolge des verstorbenen Tauese Sunia angetreten hatte, wurde am 18. November in einer Stichwahl als Gouverneur von Amerikanisch-Samoa wie-

dergewählt. Er erhielt 56 % der Stimmen, gegen 44 % für seinen Herausforderer Afoa Moe-ga Lutu. Die Stichwahl wurde notwendig, da in der ersten Runde, in der neben Togiola und Afoa noch ein dritter Kandidat angetreten war, keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatte.

Ebenfalls wiedergewählt wurde der Abgeordnete Amerikanisch-Samoas im US-Kongress, Eni Hunkin Faleomavaega, der sich durch sein mutiges Eintreten für die Unabhängigkeitsbewegungen in Französisch-Polynesien und Westpapua im Pazifik einen Namen gemacht hatte. (Text von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quelle: *Pacific Islands Report*)

Edmunds bleibt Bürgermeister

Rapa Nui (Osterinsel): Im Zuge der chilenischen Kommunalwahlen am 31. Oktober wurde der seit 1994 amtierende Bürgermeister von Rapa Nui, Petero Edmunds Paoa (Christdemokratische Partei), mit einer deutlichen Stimmenmehrheit von 58,57 % wiedergewählt. Sein Herausforderer Julio Araki Tepano (Unabhängige Demokratische Partei) erhielt 41,42%. Neben dem Bürgermeister wurde auch der sechssitzige Gemeinderat neugewählt. Für die Liste *Concertacion* (Mitte-Links) erhalten Alberto Hotus Teave, Marcelo Pont Hill und Marcelo Ika Paoa Sitze im Gemeinderat, die rechte Liste *Alianza* wird vertreten durch Amelia Olivares San Juan und Nicolás Haoa Cardinali. Die linke Liste *Juntos Podemos* erhält ein Ratsmitglied, Hipólito Ika Nahoe. Die Unabhängigkeitsbewegung hatte entgegen vorheriger Ankündigungen keine Kandidaten zur Wahl aufgestellt.

Bürgermeister Edmunds lehnt dagegen die Unabhängigkeit ab, setzt sich aber seit mehreren Jahren vehement für einen

Autonomiestatus der Insel ein. Sein Autonomieprojekt, das seit einiger Zeit im chilenischen Parlament debattiert wird, sieht die Auflösung der Gemeinde und statt dessen die Schaffung einer überseeischen Sonderregion

mit einem gewählten Gouverneur oder Präsidenten an der Spitze vor, die direkt der chilenischen Zentralregierung untersteht und in den meisten Fragen eigenständig Entscheidungen treffen kann.

Info: Die etwa 4.500 Einwohner zählende Insel Rapa Nui (Osterinsel) bildet eine Gemeinde innerhalb der 5. Region Chiles. Der Bürgermeister und der Gemeinderat werden alle vier Jahre gewählt. Nach chilenischem Gesetz besteht Wahlpflicht, so dass die Wahlbeteiligung stets äußerst hoch ist. Um als Kandidat antreten zu können, muss man sich einem der chilenischen Parteienbündnisse anschließen. Diese umfassen zur Zeit: *Concertacion* (Sozialisten, Christdemokraten und Partei für Demokratie), *Alianza* (Partei der Nationalen Erneuerung und Unabhängige Demokratische Partei) und *Juntos Podemos* (Kommunistische und Humanistische Partei). (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quellen: Wahlbüro des chilenischen Innenministeriums, www.elecciones.gov.cl)

Deutschland stiftet Bücher

Tonga: Die Bundesrepublik Deutschland hat dem Königreich Tonga 800 Exemplare des Buches „Songs and Poems of Queen Salote“ gestiftet. Die Bücher wurden an 27 Schulen verteilt. Die Idee zur Stiftung hatte der deutsche Botschafter in Tonga, Erich Riedler. Im Rahmen eines deutschen Programms zur Wahrung und Förderung indigener Kulturen hatte Riedler das Buch mit Gedichten und Liedern der „Queen of Paradise“ – wie sie der britische

Volksmund bezeichnete – empfohlen. Eine der Herausgeberinnen des Buches, die Professorin für Kunstethnologie Dr. Adrienne Kaeppler, erklärte bei der feierlichen Übergabe der Bücher Ende November im Queen Salote College in der tonganischen Hauptstadt Nukualofa, Königin Salote (1900 - 1965) habe durch ihr literarisches Schaffen geholfen, die kulturelle Identität der Tonganer zu bewahren. Das Buch enthält 114 Gedichte und Liedtexte sowie 170 Fotografien.

Botschafter Riedler erhielt ein von dem amtierenden tonganischen König Taufa'ahau Tupou IV signiertes Buch mit der Bitte, er möge dieses als Dankeschön an Bundeskanzler Gerhard Schröder übergeben. (*Matangi Tonga online 24.11.04*)

Info: Elizabeth Wood-Ellem (Hrsg.): *Songs & Poems of Queen Salote*, Vava'u Press, Tonga 2004, 99,95 NZ Dollar, zu bestellen online unter: www.southpacificbooks.co.nz/order.asp?isbn=9822130082

Suizid führt Unfallstatistik an

Fiji: Suizid ist die häufigste unnatürliche Todesursache in der Republik Fiji. Das gab Odile Chang, Ärztin im fijiischen Gesundheitsministerium, bei der jährlichen Hauptversammlung der Ärztekammer bekannt. Im Jahr 2003 starben 102 Personen durch Selbstmord, 78 Menschen wurden Opfer von Verkehrsunfällen und 46 ertranken. Suizid bleibe das größte Gesundheitsproblem der Republik, erklärte Chang. Besorgniserregend sei die hohe Zahl an Selbsttötungen unter der indofijiischen Bevölkerung. 77 % aller Opfer waren Indu-Fijianer. 86 % aller versuchten Selbstmorde werden ebenfalls von Indu-Fijianern begangen. Vor allem Frauen unter 24 Jahren im Norden und Osten der Republik

beginnen Selbstmord, erläuterte Chang die für 2003 vorgelegte Statistik. Sie forderte die Regierung auf, ein lange angekündigtes Projekt in Kooperation mit Neuseeland zur psychischen Betreuung gefährdeter Personen endlich zu installieren. Zudem äußerte sie scharfe Kritik an der Sensationslust der Medien. Diese schilderten ausführlich in Wort und Tat die entsprechenden Suizidfälle, so dass es für gefährdete Personen ein Leichtes sei, zu erfahren, wie man erfolgreich einen Selbstmord begehe. (*Flash d'Océanie 03.09.4, Fiji Daily Post*)

Erste Bürgermeisterin seit 1789

Pitcairn: Die britische Kolonie Pitcairn hat erstmals in ihrer 215-jährigen Geschichte seit der Besiedlung durch Meuterer des englischen Kriegsschiffes „HMS Bounty“ im Jahr 1789 eine Frau zur Interimsbürgermeisterin gewählt. Brenda Christian ist die Schwester des von den britischen Behörden wegen sexuellen Missbrauchs verurteilten Ex-Bürgermeisters Steve Christian. Er war in fünf Fällen des Missbrauchs angeklagt und wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Trotz der Strafe weigerte sich Christian, von seinem Amt als Bürgermeister der 47 Inselbewohner zurückzutreten, so dass er von den britischen Behörden aus seinem Amt enthoben werden musste. Die einzige Polizistin der Insel Brenda Christian wurde einstimmig von dem aus sieben Mitgliedern bestehenden Inselrat gewählt.

Sieben Männer der Insel (die Hälfte der männlichen Bevölkerung) waren in 55 Fällen des sexuellen Missbrauchs minderjähriger Mädchen, der Vergewaltigung und des Inzest angeklagt. Die Fälle liegen zum Teil über 40 Jahre zurück. Sechs Männer wurden verurteilt, ent-

weder zu Gefängnisstrafen oder zu gemeinnütziger Arbeit.

Die Männer im Alter zwischen Mitte 20 und 78 Jahren hatten vor Gericht erstritten, ihren Prozess nicht in Neuseeland, sondern in ihrer Heimat Pitcairn zu bekommen. Der positive Bescheid zog logistische Probleme nach sich: 25 Richter, Staatsanwälte, Verteidiger, Gerichtsschreiber und Polizisten wurden ebenso in Langbooten an Land gerudert wie die Fertigteile für die drei Verhandlungssäle. Die zu Haftstrafen verurteilten Männer mussten vor Beginn des Prozesses extra ein Gefängnis bauen, in dem sie nun ab Januar 2005 ihre Strafen antreten werden. Gefängniswärter werden noch gesucht.

Die Opfer des Missbrauchs, die heute in Neuseeland, Australien und Amerika leben, wurden während des Prozesses per Videokonferenz zugeschaltet.

Der Prozess erregte weltweit in den Medien viel Aufmerksamkeit, zumal einige Frauen des Ältestenrates von Pitcairn die Männer zu rechtfertigen suchten mit dem Argument, Geschlechtsverkehr mit minderjährigen Mädchen sei eine Tradition der Nachfahren der Bounty-Meuterer und allseits kulturell akzeptiert. Angeblich wurden bereits 5-jährige Mädchen Opfer des Missbrauchs auf der nur 4,7 Quadratkilometer kleinen Insel im Südosten des Pazifiks. (BBC News 01.10.04, 08.11.04, Der Spiegel 01.10.04, Sonntagsblitz 03.10.04, SMH 25.10.04, Flash d'Océanie 01.10.04)

Wohin mit dem Müll?

Niue: 2.000 Kubikmeter Asbest warten seit Januar 2004 auf ihre Entsorgung auf der polynesischen Insel Niue. Der Asbest stammt von Dächern und Wänden von durch den Zyklon Heta zerstörten Häusern. Über 650 Gebäude waren bei dem tropischen Wirbelsturm Anfang des

Jahres dem Erdboden gleich gemacht worden.

Unstimmigkeit herrscht nun bei der Frage nach der Entsorgung des gesundheitsschädigenden Asbests. Die Regierung der 1.300 Einwohner zählenden Insel möchte den Müll am liebsten nach Neuseeland verschiffen, mit dem die Insel politisch assoziiert ist. Sicherheitsbeauftragte favorisieren die Entsorgung auf der Insel selbst, ihrer Meinung nach die kostengünstigste und umweltfreundlichste Methode. Sie schlagen ein Gelände in der Nähe des Flughafens vor, wo das Asbest in Containern in der Erde vergraben werden soll. Diese Container sollen zwei Meter tief, 60 Meter lang und zehn Meter breit sein. Für die Beseitigung vor Ort veranschlagen diese Experten 143.000 US Dollar Kosten.

Alternativen zur Vor-Ort-Entsorgung, wie etwa die Verklappung im Meer oder der Transport in ein anderes Land, ließen sich mit internationalen Konventionen über die Lagerung von gefährlichen Stoffen nicht vereinbaren, hieß es weiter.

Ein Team von Umweltexperten, das sich kürzlich auf der Insel aufhielt, sagte, die Niueaner seien missinformiert über die Gefahren von Asbest. Das Gefährliche an Asbest seien die Fasern, die beim Einatmen zu einer Staublungenerkrankung und damit zu Lungenkrebs führen könnten. Der Asbest auf Niue sei aber in Beton und anderen Baumaterialien gebunden und könne so nicht eingeatmet werden. Wenn man den Bauschutt vergrabe, hätte er keine weiteren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, auch das Trinkwasser sei nicht gefährdet.

Info: Kurzfasriger Asbest wird zu Papier, Pappe, Asbestzement und mit einem Bindemittel gemischt, zu Pressformteilen

(Eternit) verarbeitet. Asbest wurde wegen seiner Feuerbeständigkeit, Unempfindlichkeit gegen Laugen und Säuren, seines hohen thermischen und elektrischen Isoliervermögens in der Technik verwendet. In Niue kam Asbest nach zwei schweren Zyklonen in den 1960er Jahren zum Einsatz, als spezielle Hurrikansichere Häuser aufgebaut wurden. In Deutschland ist die Herstellung und Verwendung von Asbest seit 1993 verboten. (Niue News 30.11.04, www.wissen.de)

HAWAII

US-Wahlen: Kerry führt in Hawaii

Bei den US-Präsidentenwahlen am 2. November haben die Wähler Hawaiis entgegen dem US-Trend mehrheitlich für den demokratischen Kandidaten John Kerry gestimmt. Er erhielt 54,01 %, während für George W. Bush nur 45,27 % stimmten. Andere Kandidaten erhielten weit unter 1 %. Hawaii ist traditionell eine Hochburg der Demokraten und bei früheren Präsidentenwahlen war die demokratische Mehrheit normalerweise noch viel stärker.

Parallel dazu wurden auch die beiden Repräsentanten Hawaiis im US-Kongress sowie einer der beiden Senatoren neugewählt. In allen drei Fällen setzten sich die demokratischen Amtsinhaber gegen ihre republikanischen Herausforderer klar durch: Der seit 1962 amtierende 80-jährige Senator Daniel Inouye wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 75,51 % gegen 20,99 % für den Republikaner Cam Cavasso wiedergewählt. Nicht ganz so hohe, aber dennoch überragende, Mehr-

heiten erzielten auch die beiden Repräsentanten Neil Abercrombie im ersten Wahlkreis (62,97 % gegen 33,98 % für den Republikaner Dalton Tanonaka) und Ed Case im zweiten Wahlkreis (62,77 % gegen 37,23 % für den Republikaner Mike Gabbard). Inouye, Abercrombie und Case stehen zwar der Außenpolitik von Präsident Bush kritisch gegenüber, unterstützen aber ohne Abstriche die weitere Militarisierung Hawaiis durch den geplanten Ausbau der dortigen US-Militärbasen, weshalb sie von der Antikriegs- und Unabhängigkeitsbewegung scharf kritisiert werden.

Ebenfalls neugewählt wurde das Repräsentantenhaus des Bundesstaats Hawaii sowie ein Teil des Staatssenates. Die demokratische Fraktion im Staatsrepräsentantenhaus verstärkte sich von 36 auf 41 Sitze (während die republikanische Fraktion von 15 auf 10 Sitze schrumpfte). Im Staatssenat bleiben die Mehrheitsverhältnisse unverändert (20 Demokraten und 5 Republikaner).

Neben diesen legislativen und exekutiven Ämtern wurden auch zahlreiche Gemeinderäte, der Bürgermeister von Honolulu, sowie die Schulbehörde (Board of Education) und zwei von insgesamt neun Treuhändern des Amtes für Hawaiiische Angelegenheiten (OHA, Office of Hawaiian Affairs, eine staatliche Behörde für die Anliegen der einheimischen Hawaiianer) gewählt. Die Vorsitzende der Treuhänder, Haunani Apoliona, wurde mit 63 % der Stimmen wiedergewählt, ebenso Linda Dela Cruz als Vertreterin der Insel Hawaii. Die Wahl der OHA-Treuhänder war die einzige, an der die hawaiiische Unabhängigkeitsbewegung teilnahm. Der für die Unabhängigkeit antretende Bu La'ia, der bei den Gouverneurswahlen 2002 überraschend den dritten Platz belegt hatte, kam mit 13,19 % hinter der der Demokratischen

Partei nahestehenden Apoliona auf den zweiten Platz, der ebenfalls für die Unabhängigkeit eintretende Kione Sabey wurde mit 11,19 % vierter.

Apoliona setzt sich ebenso wie die Senatoren und Repräsentanten der demokratischen Partei und die republikanische Gouverneurin Linda Lingle für die als „Akaka Bill“ bezeichnete Gesetzesvorlage zur Anerkennung der Hawaiianer als indigenes Volk der USA und deren Gleichstellung mit den amerikanischen Indianern ein. Dieses Vorhaben wird von der Unabhängigkeitsbewegung stark kritisiert, weil damit der derzeitige juristisch unklare Status quo, aus dem heraus eine Argumentation für die Unabhängigkeit möglich ist, durch eine unmissverständliche Integration der Hawaiianer in die USA ersetzt würde. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

Deutsch-Samoaner wird Bürgermeister von Honolulu

Bei der gleichzeitig zu den US-Präsidentschafts- und Kongresswahlen stattfindenden Bürgermeisterwahl auf der hawaiiischen Hauptinsel O'ahu setzte sich in einer Stichwahl Mufi Hannemann mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,23 % gegen seinen Konkurrenten Duke Bainum durch. Amtsinhaber Jeremy Harris durfte nach zwei Amtsperioden nicht erneut antreten. In der ersten Wahlrunde am 18. September hatte Bainum mit 45,5 % geführt, während Hannemann nur auf 42,4 % kam. Entscheidend waren demnach die Stimmen des früheren Bürgermeisters Frank Fasi, der in der ersten Runde 9,6 % erhalten hatte und dann seine Wähler aufrief, in der Stichwahl für Hannemann zu stimmen.

Mit Mufi Hannemann erhält Honolulu zum ersten Mal einen Bürgermeister samoanischer Abstammung, während seine drei Amtsvorgänger und sein Konkurrent Bainum allesamt weiße Amerikaner waren. Hannemann wurde 1954 in Honolulu als Sohn einer Samoanerin aus Amerikanisch-Samoa und eines Deutschen geboren. Seit vielen Jahren ist er in Hawaii in Politik und Wirtschaft tätig. Er war bereits mehrmals Abgeordneter im Staatsrepräsentantenhaus von Hawaii und Gemeinderat von Honolulu und arbeitete unter den Präsidenten Reagan und Bush sen. einige Jahre lang im Weißen Haus. Während des Wahlkampfes hatte er sich als Repräsentant der lokalen Identität Hawaiis zu profilieren versucht, während Bainum eher das Milieu der weißen amerikanischen Neusiedler und der Oberschicht verkörperte. Hannemann hat auch versprochen, sich um den Schutz des wenigen in hawaiiischen Händen verbliebenen Landbesitzes auf O'ahu zu bemühen.

Info: Die seit 1909 bestehende Gemeinde „City and County of Honolulu“ (Stadt und Landkreis Honolulu) umfasst Hawaiis Hauptinsel O'ahu mit knapp 900.000 Einwohnern. Aufgrund der stark zentralistischen Verwaltungstradition Hawaiis gibt es keinerlei Verwaltungsebenen darunter, was Honolulu zu einer der flächenmäßig größten Stadtgemeinden der Welt macht. Die Gemeinde wird von einem 9-köpfigen Stadtrat und einem alle vier Jahre direkt gewählten Bürgermeister verwaltet. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

AUSTRALIEN

Klimaziel erreicht

Obwohl sich Australien beharrlich weigert, dass Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz zu ratifizieren, wird der Kontinent die im Protokoll den Ländern auferlegten Einsparungen bei den klimaschädlichen Emissionen voll erreichen. Das erklärte Umweltschutzminister Senator Ian Campbell. In einem kürzlich vorgelegten Bericht des „Australian Greenhouse Office“ heißt es, Australien sei auf dem Weg zur Verdopplung seiner Wirtschaftskraft, habe dabei den Ausstoß umweltschädlicher Gase jedoch nur um 8 % gesteigert. Bis zum Jahr 2012 werde man die Emissionen um 108 % (im Vergleich zu 1990) reduzieren können, heißt es in dem Bericht

Das Kyoto-Protokoll ist eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, in der sich die jeweiligen Unterzeichnerstaaten zu konkreten Reduzierungen der Treibhausgasemissionen bis 2012 verpflichten. Insgesamt soll zwischen 2008 bis 2012 eine Reduzierung um mindestens fünf Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 erreicht werden. Australien trägt zur Zeit mit 2,5 % zu den globalen Emissionen bei. Der Carbondioxidausstoß auf der per-capita Basis gehört zu den höchsten weltweit. Campbell erklärte die Weigerung Australiens zur Ratifizierung mit der „Kurzsichtigkeit“ des Protokolls. Man müsse auch über das Jahr 2012 hinausdenken. Bei Ratifizierung des Protokolls gingen dem Land zudem wertvolle Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft verloren. Sie trägt enorm zum Wohlstand Australiens bei und ist größter Jobanbieter. Über 24 Milliarden AUS Dollar werden jährlich durch Energieexporte erwirtschaftet, erklärte der Umweltschutzminister. Die Jobs im Energiebereich würden im Falle einer Ratifizierung an Entwicklungsländer vergeben. Einer Unterzeichnung stünden auch die Verweigerungshaltung

der weltweit größten „Klimasünder“ USA, China und Indonesien entgegen, erläuterte Campbell. (SMH 06.12.04, Reuters 06.12.04)

NEUSEELAND

Entscheidung über Staatsbürgerschaft nur für NZ-Babies

Als Maßnahme im Kampf gegen den globalen Terrorismus will Neuseeland wichtige Passagen des sogenannten „Identity Bill“ ändern. Das Gesetz regelt die Staatsbürgerschaft und die Ein- und Ausreisebestimmungen der Bürger (engl. „Citizenship and Travel Document Bill“). Wichtige Änderungen betreffen vor allem Einwanderer. Unter bestimmten Umständen konnten diese bisher relativ leicht eine permanente Aufenthaltserlaubnis und die Staatsbürgerschaft bekommen. Sie mussten dafür drei Jahre lang ohne größere Unterbrechung im Land gelebt haben. Diese Zeitspanne soll auf fünf Jahre erweitert werden. Davon müssen sie mindestens Zweidrittel der Zeit bzw. acht Monate jährlich im Land permanent gelebt haben. Für die Erteilung der Staatsbürgerschaft soll ab dem 1. Januar 2005 auch der „gute Charakter“ berücksichtigt werden, d.h. der Antragsteller darf keinen Eintrag im Strafregister haben oder vorbestraft sein. Erschwert wird die Erlangung der Staatsbürgerschaft auch für Ausländer, die einen NeuseeländerInnen heiraten. Sie erhalten nicht automatisch die Staatsbürgerschaft,

sondern müssen die gleichen Kriterien erfüllen wie diejenigen, die nicht mit einem Neuseeländer verheiratet sind.

Die wichtigste Klausel im Änderungsantrag der Verfassung betrifft neugeborene Kinder. Bisher galt die Regel des „jus solis“, d.h. alle im Land geborenen Kinder waren automatisch neuseeländische Staatsbürger, unabhängig von der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern. Der Minister für Inneres, George Hawkins, sagte bei der Vorstellung der geplanten Verfassungsänderung im Parlament von Wellington, jährlich kämen viele Frauen nur allein zum Gebären nach Neuseeland, um ihren Kindern mit der neuseeländischen Staatsbürgerschaft bessere Chancen im Leben zu eröffnen. Mit der Staatsbürgerschaft geht für die Babies das Recht auf Kranken- und Sozialversicherung sowie auf Bildung und Erziehung einher. Von den jährlich geborenen 57.000 Kindern stammen 600 Babies von Müttern, die sich nur temporär in Neuseeland aufhalten und keine neuseeländische Staatsbürgerschaft haben. Hawkins plädiert dafür, ab 1.1.2005 nur noch den in Neuseeland geborenen Kindern von Eltern mit neuseeländischer Staatsbürgerschaft eine solche zu erteilen.

Kinder, die außerhalb von Neuseeland geboren werden, erhalten nicht automatisch die neuseeländische Staatsbürgerschaft, auch unabhängig davon, ob die Eltern Bürger des Landes sind. Einzige Ausnahme sind die in der neuseeländischen Kolonie Tokelau geborenen Kinder. Diese sind, obwohl außerhalb der Staatsgrenzen geboren, automatisch Staatsbürger. Bisher sind jedoch viele Frauen wegen der mangelnden Gesundheitsversorgung auf Tokelau zur Geburt nach Samoa geflogen. Die dort geborenen Kinder waren keine neuseeländischen Staatsbürger. Hawkins will nun das Gesetz insoweit

ändern, dass Babies von Tokelauanerinnen, egal, wo sie geboren werden, immer NZ Staatsbürger sind. (AFP 30.08.04, <http://www.beehive.govt.nz/ViewDocument.cfm?DocumentID=20467>)

Foreshore and Seabed-Gesetz verabschiedet

Trotz zahlreicher Proteste und zweier *Hikois* (Marsch der Maori aus allen Landesteilen nach Wellington) hat das neuseeländische Parlament mit 66 zu 53 Stimmen für die Einführung des sogenannten „Foreshore and Seabed“-Gesetzes gestimmt. Damit verlieren die Maori ihr traditionelles Landrecht am Foreshore (Strand zwischen Ebbe- und Flut-Marke) und Seabed (Meeresboden unterhalb der Ebbe-Marke) an die britische Krone (siehe INFO). Die Regierung begründete das Gesetz damit, es wolle allen Menschen den Zugang und die Nutzung dieser Regionen ermöglichen. Die Maori hatten die Regierung beschuldigt, mit dem neuen Gesetz potentielle Ansprüche von Klans am traditionellen Land (engl. „customary title claims“) verhindern zu wollen. Die Maori sehen durch den Übergang der betreffenden Regionen in das Eigentum Großbritanniens auch ihre traditionellen heiligen Orte und spirituellen Stätten von Missbrauch bedroht. Weite Teile der 18.700 Kilometer langen Küstenlinie der Nord- und der Südinself werden von den Maori traditionell zum Fischen und Muschelsammeln benutzt. Von den knapp vier Millionen Einwohnern Neuseelands sind 530.000 Maori.

Info: Neuseeland ist ein britisches Dominion. Die britische Königin Elisabeth II ist Staatsoberhaupt. Faktisch delegiert sie dieses Amt aber an die von ihr in Absprache mit dem neuseeländischen Parlament ernannte Generalgouverneurin, die das Amt eines Staatspräsi-

denten ausübt. Neuseeland funktioniert wie eine parlamentarische Republik mit der Generalgouverneurin in einer ähnlichen Rolle wie unser Bundespräsident. Formell ist Neuseeland ein Königreich und die britische Königin dessen Staatsoberhaupt. Da Neuseeland faktisch eine Monarchie ist, ist aller Staatsbesitz formell Kronbesitz. Queen Elizabeth beherrscht Neuseeland nun nicht in ihrer Eigenschaft als Königin von England, sondern ausschließlich in ihrer Eigenschaft als „Königin von Neuseeland“. Faktisch delegiert sie das Recht, Neuseeland zu verwalten, an die von ihr ernannte neuseeländische Generalgouverneurin und diese wiederum delegiert die Macht an die neuseeländische Regierung. "Kronbesitz" ist in diesem Zusammenhang ein Synonym für neuseeländischen Regierungsbesitz, so dass das foreshore und seabed nun der neuseeländischen Regierung gehört. (Flash d'Océanie 19.11.04, Radio Australia 19.11.04, Email L. Gonschor 04.12.04, <http://www.beehive.govt.nz/foreshore/home.cfm>)

Selbstbestimmungsrecht für Tokelau ?

Tokelau: Der Regierungsrat von Tokelau (engl. „Council for Ongoing Government“) und der neuseeländische Außenminister Phil Goff haben über die politische Zukunft der polynesischen Insel im Herzen des Pazifiks beraten. Beide Seiten kamen darin überein, dass es an der Zeit für Tokelau sei, einen Akt über die Selbstbestimmung durchzuführen. Denkbar sei der Status der neuseeländischen Kolonie als „sich selbst regierender Staat in freier Assoziation mit Neuseeland“, erklärte Goff. Neuseeland unterstütze seit jeher die Bemühungen seiner überseeischen Territorien, so autark und selbstständig wie möglich zu werden, erläuterte Goff. Man habe sich bereits auf wichtige

Punkte eines „Vertrages über die freie Assoziation“ geeinigt. Sobald man Details geklärt habe, könne unter der Ägide der Vereinten Nationen eine Wahl über den politischen Status abgehalten werden (sog. „act of self-determination“). Phil Goff erklärte, ein neuer Status quo von Tokelau sei wichtig für die Bereitstellung von Entwicklungshilfegeldern oder sonstiger Hilfe durch pazifische Anrainerstaaten und die internationale Gemeinschaft. Rein praktisch würde sich für die Tokelauaner nichts ändern, da sie bereits jetzt über eine eigene gesetzgebende Körperschaft, einen Exekutivrat, den öffentlichen Dienst und einen eigenen Haushalt bestimmten.

Die rund 1.500 Bewohner der Insel sind inzwischen in einem Wettbewerb aufgerufen, Vorschläge für eine Flagge, ein Wappen und eine Nationalhymne zu unterbreiten. Der noch bis Dezember laufende Wettbewerb stößt auf großes öffentliches Interesse: 86 Vorschläge für eine Landesfahne, 28 Zeichnungen für ein Staatswappen sowie 16 Partituren für eine Nationalhymne gingen bei den Organisatoren bisher ein.

Info: Tokelau wurde 1889 britisches Protektorat, dann 1916 Teil der britischen Kronkolonie der Gilbert- und Ellice-Inseln. 1949 wurde Tokelau von Großbritannien an Neuseeland übergeben und ist seitdem ein neuseeländisches Überseeterritorium. Seit 1992 genießt das Territorium beschränkte Autonomie mit einem gewählten Ulu (Regierungschef) an der Spitze. Das Regierungssystem ist komplex, weil es die starke Rivalität der drei Atolle berücksichtigt, denn einen Ulu, der von einem der Atolle stammt, würden die beiden anderen Atolle auf Dauer nicht akzeptieren. Deshalb gibt es ein rotierendes System: Jedes der drei Atolle wählt einen Faipule (Island Executive Officer) für drei Jahre

und einer dieser drei Faipule übt für jeweils ein Jahr das Amt des Ulu aus.

Trotz der inneren Autonomie wird die höchste Staatsgewalt nach wie vor von einem neuseeländischen Administrator ausgeübt. Das geplante zukünftige Statut, das von den Regierungen von Neuseeland und Tokelau angestrebt wird, und das, falls es in der geplanten Volksabstimmung unter UN-Aufsicht angenommen wird, die Kriterien der UN zur Dekolonisierung erfüllen würde, soll dagegen der tokelauischen Regierung volle internationale Souveränität geben und den neuseeländischen Einfluss auf ein Assoziierungsabkommen beschränken. Die Bürger Tokelaus würden die neuseeländische Staatsbürgerschaft behalten. (Email Lorenz Gonschor 01.12.04, Flash d'Océanie 11.11.04, Pressemitteilung 10.11.04 Regierung NZ <http://www.beehive.govt.nz>)

„Unbekannter Soldat“ kehrt heim

Nach 88 Jahren Friedhofsruhe auf dem neuseeländischen Friedhof der französischen Gemeinde Longueval (Département Somme) ist ein unbekannter neuseeländischer Soldat in sein Heimatland zurückgekehrt. Der neuseeländische Botschafter für Frankreich, Adrian Macey, und der Luftwaffengeneral Bruce Ferguson nahmen die sterblichen Überreste auf dem französischen Kriegsgräberfriedhof entgegen. Der Soldat, der nie identifiziert werden konnte, war in der Schlacht an der Somme im Jahr 1916 gefallen. Er wird mit militärischen Ehren in Wellington begraben, wo ihm zugleich ein Denkmal als „unbekannter Soldat“ gesetzt werden soll. Es ist das erste Denkmal für einen unbekanntes „Kiwi“, das in Neuseeland an die rund 1.200 neuseeländischen Opfer des

Ersten Weltkrieges 1914 - 1918 erinnern soll.

Am 11. November wurde ebenfalls in Neuseeland des 86. Jahrestages des Kriegsendes (11.11.1918) gedacht. Erstmals seit 20 Jahren nahmen französische Soldaten, die in Neukaledonien stationiert sind, an den Feierlichkeiten in der Hauptstadt Wellington teil. Die Beziehungen zwischen Neuseeland und Frankreich waren seit der Versenkung des Greenpeace-Schiffes *Rainbow Warrior* im Hafen von Auckland im Jahr 1985 empfindlich gestört. Die Rückgabe des unbekanntes Soldaten und die Teilnahme der Franzosen an der Erinnerungsfeier in Neuseeland sehen Beobachter als wichtigen Schritt der Annäherung zwischen den beiden Staaten. (Flash d'Océanie 08.11.04)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Singh geehrt

Fiji: Der indu-fijianische Golfprofi Vijay Singh hat mit dem Sieg bei der „Deutsche Bank Championship“ in Boston im September des Jahres die Nummer Eins der Golf-Weltrangliste, den amerikanischen Golfer Tiger Woods, überholt und sich damit als weltbestes Golfer etabliert. Dafür wurde er nun in seiner Heimat Fiji geehrt. Präsident Ratu Josefa Iloilo nahm den 41-jährigen als sogenannten „Companion“ in den „Order of Fiji“ auf. Das ist die höchste Ehrung der Republik Fiji. Sie wurde dem Golfer im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 34-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit überreicht. Singh werde diese Ehre sowohl im Hinblick auf seinen Beitrag zum

internationalen Profigolfsport, als auch aufgrund seiner Verdienste für sein Heimatland zuteil, hieß es in der Laudatio.

Singh lebt mit seiner Frau und dem 14-jährigen Sohn Qass (ebenfalls Golfspieler) in Ponte Vedra Beach, Florida. (Radio Austral i a 13.10.04, http://en.wikipedia.org/wiki/Vijay_Singh)

Drechsler beendet Karriere in Tahiti

Tahiti: Die deutsche Weitspringerin Heike Drechsler hat ihre sportliche Karriere beendet. Als Ehrengast nahm sie an dem Leichtathletikwettbewerb „Tahiti Nui Meeting - Tahitian Pearl Grand Prix“ Anfang Oktober im Stadion Pater de Pirae an der Ostküste Tahitis teil. Mit einer Sprungweite von 6,49 m schaffte Drechsler ihre Saisonbestleistung, blieb aber weit hinter den 7,27 m zurück, die sie als 18-jährige gesprungen war. Die 40-jährige Ausnahmesportlerin hat im Weitspringen nahezu alle Preise gewonnen: Sie wurde zweifache Weltmeisterin, vierfache Europameisterin und zweifache Olympiasiegerin (Goldmedaille in Sydney in 2000). „Man muss wissen, wann man aufhören muss“, erklärte die 1964 in Gera geborene Athletin vom Verein „LG Karlsruhe“ den tahitianischen Journalisten nach dem Wettkampf, den sie als Siegerin verließ. (Tahitipresse 03.10.04, <http://www.heike-drechsler.com/>)

Verhütung für Koalas

Australien: Die 2.000 weiblichen Koalas im australischen Bundesstaat Victoria werden in den nächsten sechs Jahren keine Jungen gebären können. Das ist zumindest das Ziel einer groß angelegten Kampagne zur Empfängnisverhütung, bei de-

nen den Koalas Implantate eingesetzt werden sollen, die eine Schwangerschaft verhindern. Grund für die Maßnahme des südlichen Bundesstaates ist das rapide Bevölkerungswachstum der Koala-Population im Mount Eccles Nationalpark. Der Umweltschutzminister von Victoria, John Thwaites, sagte, der ungewohnte Heißhunger der Koalas auf frische, junge Eukalyptus-Blätter schädige die Bäume und führe letztendlich zum Hungertod der Tiere.

Der nur in Australien heimische Koala (lat. *Phascolarctus cinereus*) zählt zur Familie der Beuteltiere. Das meist fälschlicherweise als Bär bezeichnete Tier ernährt sich ausschließlich von Eukalyptusblättern und wurde in den letzten Jahrzehnten durch Jagd, Brände und Seuchen stark dezimiert. Während die Koalas noch vor 100 Jahren auf dem gesamten australischen Kontinent beheimatet waren und der Bestand auf mehrere Millionen geschätzt wurde, sind sie heute nur noch in Queensland und Victoria zu finden. Die Verhütungskampagne von Victoria ist deshalb in den australischen Medien auf Unverständnis gestoßen. Die Regierung in Canberra befürchtet Einbußen im Tourismus, da das knuddelige „Wahrzeichen“ des Kontinents eine große Attraktion für auswärtige Besucher darstellt.

Der Name „Koala“ ist ein Wort aus einer Sprache der Aborigines. Weil die Tiere mit den Eukalyptusblättern viel Flüssigkeit aufnehmen, müssen sie nur wenig trinken: Koala = "Der, der nie trinkt." 20 % ihres Lebens verbringen die Säugetiere mit Essen, den Rest schlafen sie. In Zoologischen Gärten und Tierparks können Koalas nur schwer gehalten werden. Die Beschränkung der Nahrung auf frische Eukalyptusblätter macht die Haltung teuer. In Europa sind die Koalas nur in den Zoos von Lissabon und Duisburg zu sehen. (AFP 30.09.04, www.wissen.de)

Highway to paradise

John So, Bürgermeister der australischen Stadt Melbourne, hat eine Straße im Stadtviertel St. Kilda auf den Namen der australischen Rockband AC/DC getauft. Die ehemalige „Corporation Lane“ befindet sich in der Nähe des Ortes, an dem 1975 einer der ersten Videoclips der Rockband zu dem Hit „It's a long way to the top“ entstand. AC/DC hatte Anfang der 1970er Jahre seine ersten Auftritte in den Bars von St. Kilda. An der Straßentaufe nahmen Hunderte Fans teil. Bürgermeister So sagte in Anlehnung an den berühmtesten Song der Band („Highway to Hell“): „Dies ist ab jetzt nicht die Straße zur Hölle, sondern die Straße zum Paradies“. (The Age 03.10.04)

Gibson kauft Insel

Fiji: Der amerikanische Filmschauspieler und Produzent Mel Gibson (* 1956 in New York) hat sich eine eigene Insel im Südosten der Inselgruppe Lau (Republik Fiji) gekauft. Der Name der Insel wurde nicht bekannt. Bereits in den vergangenen Jahren hat Gibson mit seiner Frau und den sieben Kindern Urlaub in einem Ressort auf der privaten Insel Wakaya im Osten von Viti Levu gemacht. Diese Insel gilt als tropisches Urlaubsdomizil für Hollywoodgrößen wie Eddy Murphy, Nicole Kidman, Tom Cruise und Tommy Lee Jones. Gibson war zuletzt durch sein blutrünstiges Epos „Die Passion Christi“ in die Kritik geraten. Der als Kind nach Australien ausgewanderte Schauspieler ist überzeugter Katholik. Täglich findet in seiner hauseigenen Kapelle eine Andacht statt. Neben zahlreichen filmischen Auszeichnungen (u.a. zwei Oscars für „Brave-

heart“) wurde Gibson auch mehrfach von dem amerikanischen Hochglanzmagazin „People“ zum „sexiest man alive“ gekürt. (Flash d'Océanie 30.08.04, <http://www.imdb.com/name/nm0000154/>)

Dosenpfand jetzt auch im Pazifik ?

Kiribati: Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat erfolgreich ein Versuchsprojekt gestartet. Vor der Entscheidung im Parlament von Kiribati über die eventuelle Einführung des Dosenpfands auf Aluminiumdosen in der mikronesischen Inselrepublik hat die UN dazu aufgerufen, gefundene Dosen an einer Sammelstelle auf dem am dichtesten besiedelten Atoll Tarawa abzugeben. Bereits in den ersten zwei Wochen des Projekts sammelten Kinder und Arbeitslose 100.000 Getränkedosen, für die sie bei der Sammelstelle je 2 Eurocents (umgerechnet) ausgezahlt bekamen. Projektkoordinatorin Alice Loney erklärte, wenn die Entscheidung zum Dosenpfand käme, würden alle importierten Getränkedosen 5 Cents mehr kosten, bei Rückgabe erhalte man dann 4 Cents Pfand zurück. Die Einführung des Dosenpfands wird im Parlament im Rahmen der Verbesserung des Umweltschutzes diskutiert, da sich Aluminiumdosen hervorragend zum Recyclen eignen. Für das Sammeln der Dosen stellte die UN übrigens große Plastiktüten zur Verfügung! (Radio New Zealand International 18.11.04, Flash d'Océanie 19.11.04)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Pfr.
Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik auf
das Konto 10 11 111, BLZ 760
605 61 bei der ACREDOBANK eG
in Nürnberg**

Quellen:

• epd • Jakarta Post • National •
National Geographic • Oceania
Flash /Flash d'Océanie • Pacific
Beat • Pacific Islands Report (PIR)
• Pacific Magazine • Pacific News
Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post
Courier • Radio Australia, New
Zealand • Sydney Morning Herald
(SMH) • TahitiPresse • taz • The
Lutheran • Wantok •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



Missionswerk
der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern

Christiana Obereil

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120